



POLIZEI
BERLIN



Lagedarstellung
Politisch motivierte Kriminalität
in Berlin
2012

Herausgeber:
Der Polizeipräsident in Berlin
Landeskriminalamt
Platz der Luftbrücke 6
12101 Berlin
Tel.: 030/4664-0
030/4664-4664 (Bürgertelefon)
Fax: 030/4664-82 29 51 10
E-Mail: lka5@polizei.berlin.de
Internet: www.polizei.berlin.de

Entwicklung der Fallzahlen im Überblick

Gesamtaufkommen	2011	2012	Veränderung
Politisch motivierte Kriminalität	3331	2756	↘
PMK – rechts	1192	1325	↗
PMK – links	1361	866	↘
PM-Ausländerkriminalität	265	180	↘
Sonstige/Nicht zuzuordnen	513	385	↘

Gewaltdelikte	2011	2012	Veränderung
Politisch motivierte Kriminalität	602	343	↘
PMK – rechts	70	58	↘
PMK – links	406	210	↘
PM-Ausländerkriminalität	81	46	↘
Sonstige/Nicht zuzuordnen	45	29	↘

1	Vorbemerkungen	6
2	Fallzahlenentwicklung der Politisch motivierten Kriminalität	
2.1	Politisch motivierte Kriminalität – Gesamtübersicht	10
2.2	Politisch motivierte Gewaltdelikte	11
2.3	Differenz zwischen den Fallzahlen der PMK und den Vorfällen in der „Chronik rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin 2012“ der Opferschutzorganisation „ReachOut“	12
3	Politisch motivierte Kriminalität – rechts	
3.1	Besondere Entwicklungen	
3.1.1	Konfrontation mit dem politischen Gegner	14
3.1.2	Fremdenfeindlichkeit und Rassismus	16
3.1.3	Bombenangriffe auf deutsche Städte im 2. Weltkrieg	17
3.2	Parteien, Organisationen, Vereine und Gruppierungen	
3.2.1	„Nationaldemokratische Partei Deutschlands – Die Volksunion“ (NPD – Die Volksunion)	18
3.2.2	Bürgerbewegung „pro Deutschland“	19
3.2.3	Personenzusammenschlüsse und Aktionsbündnisse	20
3.3	Herausragende Ereignisse	24
3.4	Prognose	25
4	Politisch motivierte Kriminalität – links	
4.1	Besondere Entwicklungen	
4.1.1	Gentrifizierung und Stadtentwicklung	26
4.1.2	Konfrontation mit dem politischen Gegner	31
4.1.3	Repression	34
4.1.4	Asylrecht	35
4.1.5	Internationale Solidarität	38
4.2	Parteien, Organisationen, Vereine und Gruppierungen	



4.2.1	„Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin“ (ARAB)	39
4.2.2	„Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB)	40
4.3	Herausragende Ereignisse	40
4.4	Prognose	41

5 Politisch motivierte Ausländerkriminalität

5.1	Politisch motivierte Ausländerkriminalität ohne Bezüge zum Islamismus	
5.1.1	Besondere Entwicklungen	43
5.1.2	Herausragende Ereignisse	48
5.1.3	Prognose	49
5.2	Islamistischer Extremismus/Terrorismus	
5.2.1	Besondere Entwicklungen	50
5.2.2	Herausragende Ereignisse mit Islamismus-Bezug	51
5.2.3	Prognose	53

6 Sonstige/Nicht zuzuordnen

6.1	Besondere Entwicklungen	
6.1.1	Globalisierung	55
6.1.2	Occupy Berlin	55
6.1.3	Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung	56
6.2	Prognose	57

7	Anhang	
7.1	Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität	59
7.2	Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität – rechts	61
7.3	Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität – links	66
7.4	Fallzahlen Politisch motivierte Ausländerkriminalität	71
7.5	Fallzahlen Sonstige/Nicht zuzuordnen	76



1 Vorbemerkung

Im vorliegenden Lagebild werden die Entwicklungen in den drei Phänomenbereichen Politisch motivierte Kriminalität – rechts (PMK – rechts), Politisch motivierte Kriminalität – links (PMK – links) sowie Politisch motivierte Ausländerkriminalität (PMAK) betrachtet.

- Dem Phänomenbereich PMK – rechts werden Fälle zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung einer rechten Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlich demokratischen Grundordnung zum Ziel haben muss. Insbesondere sind Taten dazuzurechnen, wenn Bezüge zum völkischen Nationalismus, Rassismus, Sozialdarwinismus oder Nationalsozialismus ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren.
- Dem Phänomenbereich PMK – links werden Fälle zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung einer linken Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlich demokratischen Grundordnung zum Ziel haben muss. Insbesondere sind Taten dazuzurechnen, wenn Bezüge zu Anarchismus oder Kommunismus (einschließlich Marxismus) ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren.
- Politisch motivierter Ausländerkriminalität werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Erkenntnisse über den Täter Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die durch eine nichtdeutsche Herkunft

geprägte Einstellung des Täters entscheidend für die Tatbegehung war, insbesondere wenn sie darauf gerichtet sind, Verhältnisse und Entwicklungen im In- und Ausland oder aus dem Ausland Verhältnisse und Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland zu beeinflussen. Derartige Straftaten können auch durch Deutsche begangen werden.

Im Bereich „Sonstige/Nicht zuzuordnen“ sind die Fälle der PMK enthalten, die keinem der drei vorgenannten Phänomenbereiche zugeordnet werden konnten.

Die Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität beinhalten die Fälle, die im Rahmen des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPM-D-PMK) meldepflichtig sind. Dabei handelt es sich entgegen der „Polizeilichen Kriminalstatistik“ (PKS) um eine Eingangsstatisik. Die Fallzählung erfolgt tatzzeitbezogen, unabhängig davon, wann das Ermittlungsverfahren abgeschlossen wurde.

Ein Fall kann mehrere Straftaten beinhalten, die aufgrund des engen motivationalen, räumlichen und zeitlichen Zusammenhangs als ein „Lebenssachverhalt“ gezählt werden (z.B. ein Landfriedensbruch, begangen durch mehrere Täter auf einem Platz und benachbarten Nebenstraßen - mehrere Anzeigen, Zusammenfassung zu einem Fall).

Herausragende Fälle wurden unter der Überschrift „Herausragende Ereignisse“ als eigener Punkt im jeweiligen Phänomenbereich dargestellt. Außerdem wurden zur Vermittlung eines Eindrucks hinsichtlich der zur Rede stehenden Straftaten jeweils einzelne – nicht für sich herausragende – Falldarstellungen in die allgemeine Lagebeschreibung eingeflochten.

Um die Fallzahlen übersichtlich und in Teilbereichen vergleichbar darzustellen, erfolgt die Unterteilung in die Deliktsarten Terrorismus, Politisch motivierte Gewaltkriminalität, Propagandadelikte und sonstige Delikte.

- Terrorismus ist über die Strafbarkeit der Bildung einer terroristischen Vereinigung (§§ 129a, 129b StGB) gesetzlich bestimmt. Als Terrorismus werden darüber hinaus schwerwiegende Politisch motivierte Gewaltdelikte (Katalogtaten des § 129a StGB) sowie Verstöße gegen die §§ 89a, 89b und 91 StGB¹ erfasst.
- Bei der Gewaltkriminalität handelt es sich um Politisch motivierte Kriminalität, die eine besondere Gewaltbereitschaft der Straftäter erkennen lässt. Sie umfasst Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung sowie Widerstands- und Sexualdelikte.
- Propagandadelikte sind Verstöße gegen den § 86 StGB (Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen) und gegen den § 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen).
- Als sonstige Delikte werden alle Fälle dargestellt, die nicht Terrorismus, Gewalt- oder Propagandadelikte sind.

Darüber hinaus werden bestimmte Tatbestände erfasst, weil sie Staatsschutzdelikte² sind, selbst wenn im Einzelfall eine politische Motivation nicht festgestellt werden kann. Diese Fälle werden als Deliktsqualität „Staatsschutzkriminalität ohne explizite politische Motivation“ im Bereich „Sonstige/Nicht zuzuordnen“ klassifiziert.

Um das Motiv eines Falles auswertbar darzustellen, werden diesem bundeseinheitlich verbindliche Themenfelder bzw. Unterthemen zugeordnet. So ist z. B. fremdenfeindlich ein Unterthema des Themenfeldes „Hasskriminalität“.

Einem Fall können unter Umständen mehrere Themenfelder bzw. Unterthemen zugeordnet (z. B. fremdenfeindlich und antisemitisch). Deshalb wird ein Fall bei der

¹ § 89a StGB: Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

§ 89b StGB: Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

§ 91 StGB: Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

² §§ 80 - 83, 84 - 86a, 87 - 91, 94 - 100a, 102 - 104a, 105 - 108e, 109 - 109h, 129a, 129b, 234a oder 241a StGB

Auswertung der Motivation so oft gezählt, wie ihm Themenfelder bzw. Unterthemen zugeordnet wurden. Demnach führt die Summierung der Fallzahlen in den einzelnen Unterthemen grundsätzlich nicht zum tatsächlichen Fallzahlenaufkommen.

Die Zählung der Tatverdächtigen erfolgt fallbezogen. Wurde ein Täter im selben Jahr zu mehreren Fällen bekannt, wird er mehrfach gezählt.

Opfer sind natürliche Personen, die durch eine strafbare Handlung körperlich geschädigt wurden oder geschädigt werden sollten. Polizeibeamte werden als Opfer im Rahmen des KPMD-PMK in Berlin grundsätzlich nicht erfasst, um unvollständige und missverständliche Auskünfte zu vermeiden. Denn politisch motivierte Gewaltdelikte gegen Polizeibeamte ereignen sich häufig bei Auseinandersetzungen im Rahmen von Demonstrationen. Die Anzahl der verletzten Polizeibeamten ist dabei nicht immer bekannt und auch im Nachhinein nicht zuverlässig zu ermitteln, so dass über die genaue Anzahl verletzter Polizeibeamter keine belastbaren Auskünfte gegeben werden können.

Die Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität unterliegen bis zum Abschluss – ggf. bis zum endgültigen Gerichtsurteil – einer Bewertung gemäß der angenommenen Tätermotivation. Deshalb kann es auch überjährig immer wieder zu Fallzahlenänderungen kommen.

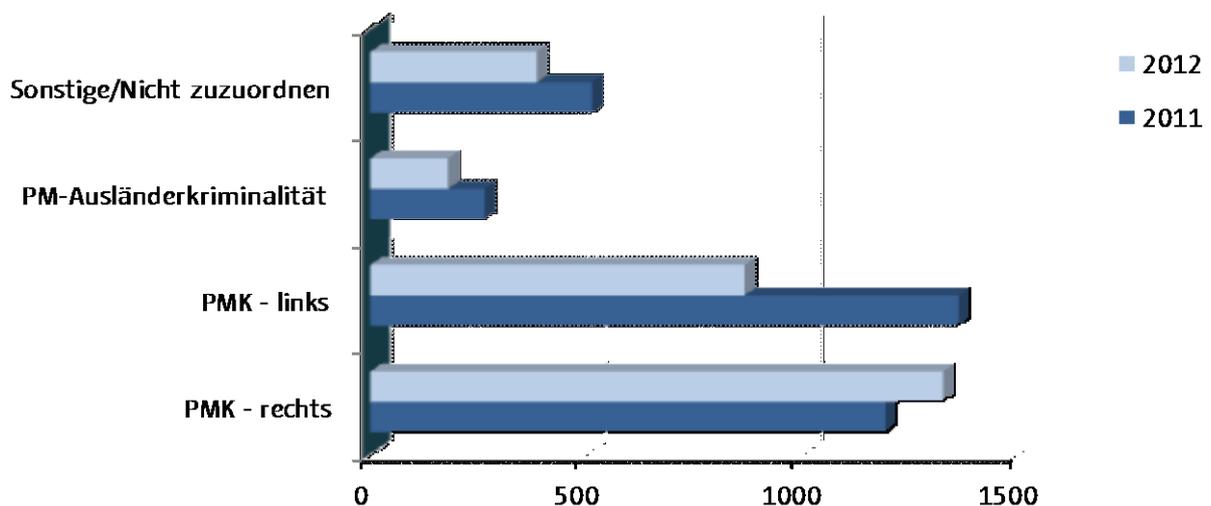
2 Fallzahlenentwicklung der Politisch motivierten Kriminalität

2.1 Politisch motivierte Kriminalität – Gesamtübersicht

Im Jahr 2012 wurden im Rahmen des KPMD-PMK 2756 Fälle gemeldet. Damit ist ein Rückgang des Fallaufkommens im Vergleich zum Jahr 2011 (3331 Fälle) um 575 Fälle (17 %) zu verzeichnen. In 343 Fällen handelt es sich um Gewaltdelikte.

Im Einzelnen ist für das Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr folgende Entwicklung in den Phänomenbereichen zu verzeichnen:

	2011	2012	Trend
PMK - rechts	1192	1325	11%
PMK - links	1361	866	-36%
PM-Ausländerkriminalität	265	180	-32%
Sonstige/Nicht zuzuordnen	513	385	-25%
PMK gesamt	3331	2756	-17%



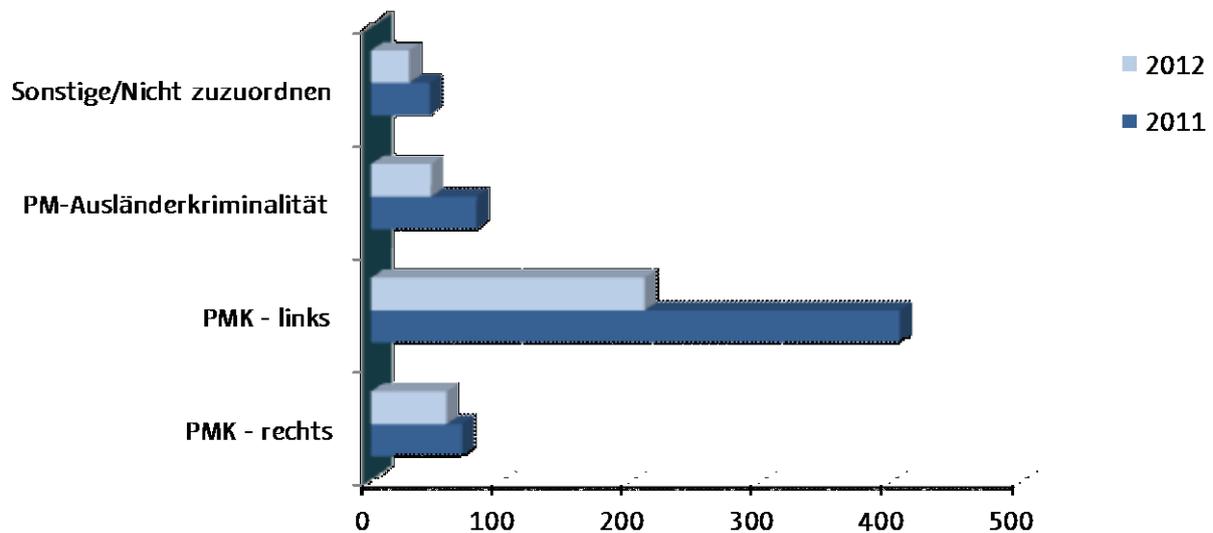
Fallaufkommen PMK nach Phänomenbereiche im direkten Jahresvergleich

2.2 Politisch motivierte Gewaltdelikte

Im Jahr 2012 wurden insgesamt 343 politisch motivierte Gewaltdelikte (2011: 602 Fälle, Rückgang um 259 Fälle) gemeldet.

Im Einzelnen ist für das Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr folgende Entwicklung der Gewaltdelikte in den Phänomenbereichen zu verzeichnen:

	2011	2012	Trend
PMK - rechts	70	58	-17%
PMK - links	406	210	-48%
PM-Ausländerkriminalität	81	46	-43%
Sonstige/Nicht zuzuordnen	45	29	-36%
PMK Gewalt gesamt	602	343	-43%



Fallaufkommen Gewaltdelikte PMK nach Phänomenbereiche im direkten Jahresvergleich

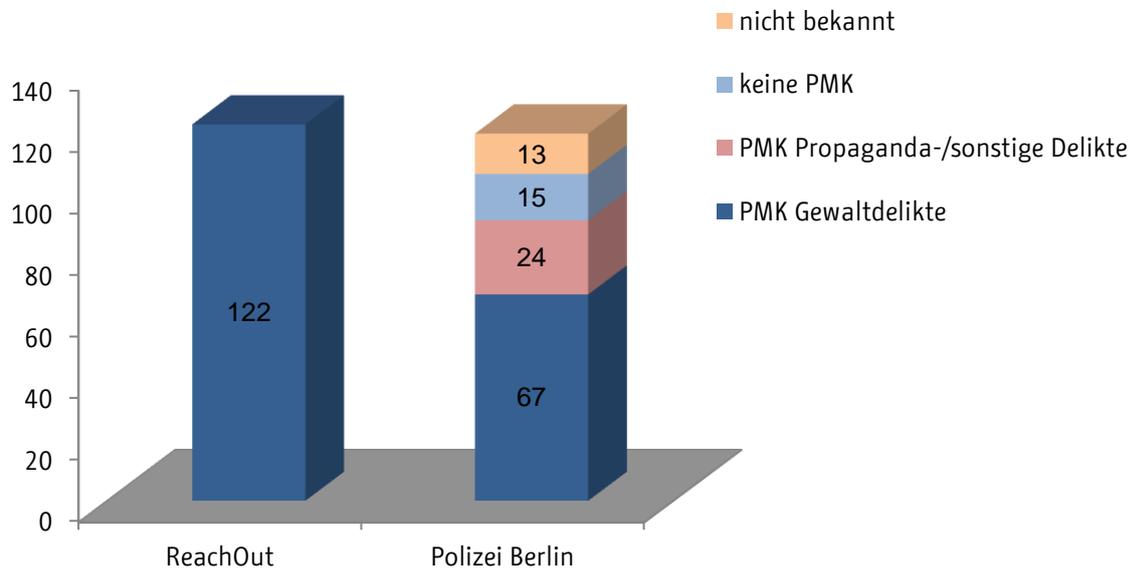
2.3 Differenz zwischen den Fallzahlen der PMK und den Vorfällen in der „Chronik rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin 2012“ der Opferschutzorganisation „ReachOut“

Um einen seriösen Vergleich vornehmen zu können, werden im Folgenden die in der „Chronik rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin 2012“, Stand 28. Februar 2013, der NGO „ReachOut“ aufgeführten Vorfälle - nachfolgend Chronik-Vorfälle genannt - mit den entsprechenden Fällen der PMK insgesamt für das Jahr 2012 ins Verhältnis gesetzt.

Den 122 „Gewalttaten“ der „Chronik“ stehen - zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung - 58 polizeilich erfassten Gewaltdelikte der PMK – rechts gegenüber. In den Chronik-Vorfällen sind jedoch u. a. auch Taten der Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung enthalten, die im Rahmen des KPMD-PMK überwiegend dem Bereich „Sonstige/Nicht zuzuordnen“ zugerechnet werden.

Zu 109 der 122 Vorfälle konnten Strafanzeigen festgestellt werden, von denen 91 als politisch motiviert und 18 als Taten als Allgemeinkriminalität bzw. als „Keine Straftat“ klassifiziert wurden. Die restlichen 13 Chronik-Vorfälle konnten in den Informationssystemen der Polizei nicht nachvollzogen werden.

Betrachtung der Chronik-Vorfälle aus Sicht der Polizei Berlin



Die 91 durch die Polizei Berlin als politisch motiviert klassifizierten Chronik-Vorfälle gliedern sich in folgende Phänomenbereiche und Deliktsarten:

	Gewaltdelikte	Propagandadelikte	sonstige Delikte	Gesamt
PMK - rechts	41	3	14	58
PMAK	12	0	3	15
Sonstige	14	1	3	18
Gesamt	67	4	20	91

Verteilung der als PMK eingestuften "Chronik-Vorfälle" auf die Phänomenbereiche und Deliktsarten

3. Politisch motivierte Kriminalität – rechts

3.1 Besondere Entwicklungen

3.1.1 Konfrontation mit dem politischen Gegner

Die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, vor allem dem aus dem linken Spektrum, stellt nach wie vor ein zentrales Betätigungsfeld der rechten Szene dar.

Bereits im Jahr 2011 wurde festgestellt, dass auf den rechten Internetseiten www.nw-berlin.net und www.chronik-berlin.com unter den Überschriften „Chronik Berlin Wir nennen die Täter beim Namen“ und „Recherche und Aktivitäten von Linkskriminellen in Berlin“ Personen und Objekte gelistet wurden. Auf beiden Internetseiten wurden zu den Personen teilweise die Anschriften und auch Lichtbilder veröffentlicht. Darüber hinaus wurden



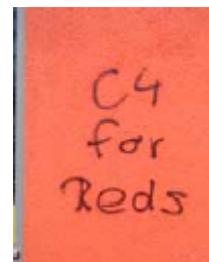
Aktivitäten der aufgeführten Personen thematisiert sowie vereinzelt Geschäftsanschriften, Telefonnummern und Internetadressen genannt. Zu konkreten Aktionen gegen die Personen wurde nicht aufgerufen.

Nach hiesiger Einschätzung stellten diese Veröffentlichungen einen Teil der sogenannten „Anti-Antifa-Arbeit“ dar. Hierbei handelt es sich grundsätzlich um das gezielte Gewinnen, Sammeln, Dokumentieren sowie teilweise auch Veröffentlichen von personen- und objektbezogenen Daten des politischen Gegners, insbesondere von Personen der linken Szene. Diese Ausspähung zielt in Verbindung mit der Veröffentlichung entsprechender

Daten auf eine bewusste Stigmatisierung (beispielsweise als „linkskriminell“) und Einschüchterung bzw. Verunsicherung der Betroffenen ab.

Die seit Anfang 2012 intensivierten Ermittlungen zu den Internetseiten erhöhten den Druck auf die Verantwortlichen. So wurden beide Seiten zusehends weniger gepflegt und neue Artikel nur noch sporadisch eingestellt. Ab November 2012 fand eine redaktionelle Bearbeitung der Seite www.nw-berlin.net überhaupt nicht mehr statt. Parallel dazu war ab Anfang November 2012 die Seite www.chronik-berlin.com nicht mehr erreichbar. Kurz vor Weihnachten 2012 wurde dann auch die Seite www.nw-berlin.net durch den Betreiber „geparkt“, d. h. sie ist zwar online noch vorhanden, jedoch durch die Öffentlichkeit nicht mehr aufrufbar. Dies dürfte überwiegend auf den Ermittlungsdruck der Strafverfolgungsbehörden zurückzuführen sein.

Auch im Berichtsjahr führten direkte Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner zur Begehung von Straftaten. Hierbei waren auch Straftaten gegen Politiker der SPD, der Partei „Die Linke“ und der Jugendorganisation der SPD, „Jusos“ sowie deren Einrichtungen festzustellen.



- Am 29. Mai 2012 entfernten unbekannt gebliebene Personen der linken Szene in Berlin-Johannisthal mehrere Plakate und Aufkleber der NPD. Ein unbekannter männlicher Täter, bekleidet mit einem NPD-T-Shirt, bedrohte die Geschädigten und warf ohne Vorwarnung eine Glasflasche auf die Gruppe, die nicht getroffen wurde. Anschließend rief der Täter noch einige neonazistische Parolen.
- Am 22. August 2012 sprengten unbekannte Täter den Briefkasten eines Funktionärs der Partei „Die Linke“ in Berlin-Adlershof. Dieser wurde komplett

zerstört. Darüber hinaus wurde eine Fensterscheibe mit einem Ziegelstein eingeworfen.

- Bereits am 1. August 2012 wurde der Briefkasten des stellvertretenden Berliner Juso-Vorsitzenden durch Pyrotechnik beschädigt. Auch hier wurde eine Fensterscheibe mit einem Stein eingeworfen.

3.1.2 Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

Der Hass auf Ausländer und Bürger mit Migrationshintergrund führte auch im Jahr 2012 zu Straftaten durch Protagonisten der rechten Szene.

Seit Februar 2012 wurde an unterschiedliche Empfänger in Berlin ein achtseitiges Schreiben „Ausweisung aus Deutschland“ der sogenannten „Reichsbewegung“, adressiert



„An alle Türken, Muslime und Neger in Deutschland“ gesandt. Dieses Schreiben, welches „an alle raum-, wesens- und kulturfremden

Ausländer in Deutschland“ gerichtet war, forderte die Adressaten dazu auf, „Deutschland innerhalb der nächsten sechs Monate (allerspätestens bis zum 1. August 2012) zu verlassen“. Erstmals erhielt die Sehlik-Moschee in Berlin-Neukölln am 10. Februar 2012 eine derartige Briefsendung. Weitere identische Schreiben gingen u. a. bei der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und der Adass Jisroel-Gemeinde ein.

Da das Schreiben auf der Internetseite der „Neuen Gemeinschaft von Philosophen“ als Download angeboten wurde, kann nicht zwingend davon ausgegangen werden, dass es sich bei den Absendern um ein und denselben Täterkreis handelte. Insgesamt wurden in Berlin 52 derartige Sachverhalte bekannt.

Im Berichtsjahr waren insgesamt 43 fremdenfeindliche Gewaltdelikte, darunter zwei versuchte Tötungsdelikte (siehe Punkt 3.3), zu verzeichnen:

- Am 26. März 2012 kam es auf dem Vorplatz des S-Bahnhofs Gesundbrunnen zu Übergriffen zum Nachteil von drei dunkelhäutigen Personen. Aus einer Gruppe von mehreren männlichen Personen wurden diese zunächst mehrfach mit Glasflaschen beworfen, welche jedoch nicht trafen. Als die Geschädigten flüchteten, attackierten die Täter einen Passanten, der sich schützend vor die Geschädigten gestellt hatte. Nach dem Eingreifen weiterer Personen flüchteten die Täter, wobei einer den Deutschen Gruß entbot.
- Am 31. Dezember 2012 wurde der dunkelhäutige Geschädigte in der Discothek „Q-Berlin“ in Berlin-Charlottenburg, in der er als Reinigungskraft tätig ist, von drei unbekanntem männlichen Personen in eine Toilettenkabine gezogen. Dort schlug eine Person auf den Geschädigten ein, wobei u. a. eine Glasflasche benutzt wurde.

3.1.3 Bombenangriffe auf deutsche Städte im 2. Weltkrieg

Anlässlich des 67. Jahrestages der Bombardierung der Stadt Dresden kam es auch im Berichtsjahr zu einer „rechten“ Versammlungslage mit entsprechenden Gegenveranstaltungen in Dresden.

Durch die rechte Szene Berlins wurden u. a. auf der Internetpräsenz nw-berlin.net der 13. Februar 2012 und die Bombardierung Dresdens thematisiert. Im Rahmen einer Aktionswoche führten Berliner Rechtsextremisten am 3. Februar 2012 die Aktion „Mit uns starb eine ganze Stadt“ durch. Dabei wurden an mehreren Orten, insbesondere auf Bahnhöfen oder in Zügen im Berliner Stadtgebiet selbstgebaute, lebensgroße Puppen aufgestellt.

- In den Berliner Ortsteilen Gropiusstadt, Rudow und Britz wurden am 7. Februar 2012 mehrere Schriftzüge „DRESDEN 1945 - 300.000 TOTE! - UNVERGESSEN!“ u. a. an einer Apotheke, einem Bauwagen und an einer Schule festgestellt. Ein entsprechender Beitrag sowie ein Foto des Schriftzuges wurde auf dem rechten Internetportal <http://www.nw-berlin.net/2012/02/04/mit-uns-starb-eine-ganze-stadt/> veröffentlicht. Es konnten zwei Täter ermittelt werden.
- Am 8. Februar 2012 wurde im Blockpark in Berlin-Rummelsburg festgestellt, dass kreisförmig angeordnete Findlinge in schwarzer Farbe mit den Namen der Städte Chemnitz, Kassel, Berlin, Essen, Magdeburg, Hamburg und Dresden versehen worden waren. Zwischen den Findlingen wurde ein Pappschild mit dem Wortlaut: „Opfer Alliierten Bombenterrors“ festgestellt. An diesem lehnte eine aus einem Einwegschutzanzug stilisierte Puppe, welche ein Pappschild mit der Aufschrift „MIT MIR STARB EINE GANZE STADT“ um den Hals trug. Unterzeichnet waren beide Schilder mit „INFOS UNTER WWW.GEDENKMARSCH.DE“.

Bereits in den vergangenen Jahren gab es vereinzelt sogenannte „Vorabaktionen“ der rechten Szene in Berlin. Dabei wurden an öffentlichen Orten sogenannte „Schnipselaktionen“, Mahnwachen bzw. nicht angemeldete demonstrative Aktionen und Plakatierungen durchgeführt sowie themenbezogene Farbschmierereien im öffentlichen Straßenland angebracht.

3.2 Parteien, Organisationen, Vereine und Gruppierungen

3.2.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands – Die Volksunion“ (NPD – Die Volksunion)

Der diesjährige Landesparteitag der NPD fand am 4. Februar 2012 in den Räumen der Bundesgeschäftsstelle in Berlin-Köpenick statt, nachdem eine zuvor in Berlin-

Reinickendorf angemietete Räumlichkeit nicht mehr zur Verfügung stand. Auf dem Parteitag wurde Sebastian Schmidtke zum neuen Landesvorsitzenden gewählt, seine Stellvertreter sind Uwe Meenen und Udo Voigt. Der Parteitag und die Gegendemonstrationen verliefen störungsfrei.



Im Rahmen der sogenannten „Deutschlandtour“ der NPD fand am 10. August 2012 in Berlin-Tegel unter dem Motto „Wir wollen nicht Zahlmeister Europas sein – Raus aus dem Euro“ eine Kundgebung statt. Es wurde Musik abgespielt und Redebeiträge gehalten. Zeitgleich fand eine Gegenkundgebung „Schiffbruch für die NPD! Auch in Berlin!“ statt. Beide Versammlungen verliefen störungsfrei.

Unter der Überschrift „Kundgebungsrundfahrt –Sicherheit-Recht-Ordnung durch alle Berliner Bezirke“ kündigte die NPD auf ihrer Homepage die Durchführung von Kundgebungen an mehreren Samstagen im Oktober/November 2012 an. Dabei wurde u. a. die „sofortige Abschiebung aller kriminell gewordenen Ausländer“ gefordert. Die Rundfahrten fanden am 27. Oktober und 17. November 2012 statt. Dabei wurden Kundgebungen an verschiedenen Orten in den östlichen (27.10.) und westlichen (17.11.) Stadtbezirken durchgeführt und verliefen unter Durchführung von Gegenprotesten störungsfrei.

3.2.2 Bürgerbewegung „pro Deutschland“

Im Jahr 2010 gründete sich der Landesverband Berlin der Bürgerbewegung „pro Deutschland“, die als rechtspopulistisch mit einer islamkritischen Ausrichtung gilt. In diesem Themenzusammenhang führte „pro Deutschland“ im Berichtsjahr in Berlin mehrere Veranstaltungen durch. So fand am 5. Mai 2012 in Berlin-



Tiergarten eine Kundgebung zum Thema „Islamisten stoppen – unsere Frauen bleiben frei“ statt.

In der Zeit vom 18. bis 19. August 2012 führte „pro Deutschland“ ein Aktionswochenende „Der Islam gehört nicht zu Deutschland – Islamisierung stoppen“ durch. Dieses begann am 18. August 2012 mit einer Kundgebung vor der As-Sahaba-Moschee in Berlin-Mitte, der eine Pressekonferenz von „pro Deutschland“ voraus ging, und endete am 19. August 2012 am Ernst-Reuter-Platz in Berlin-Charlottenburg, in dessen Nähe sich laut Anmelder das „erste Haus in Deutschland mit Islam-Mietverträgen“ befinden soll.

Mehrfach wurden bei den Kundgebungen Mohammed-Karikaturen gezeigt. Das Zeigen dieser Karikaturen stellte eine bewusste Provokation, insbesondere bei Teilnehmern von islamisch geprägten Gegenveranstaltungen, dar. Gewaltsame Aktivitäten gegen die Veranstaltungsteilnehmer der pro-Deutschland-Veranstaltung konnten durch konsequentes Einschreiten der Polizei verhindert werden.

Die Aktivitäten der Partei „pro Deutschland“ führten zu Todesdrohungen gegen ihren Berliner Landesvorsitzenden in einem islamistischen Internetforum.

3.2.3 Personenzusammenschlüsse und Aktionsbündnisse

„Identitäre Bewegung Berlin“

Im Zusammenhang mit einem Verstoß gegen das Versammlungsgesetz wurde im Dezember 2012 die „Identitäre Bewegung Berlin“, bekannt, die dazu Bilder auf Facebook veröffentlichte. Dabei handelt es sich offenbar um eine Untergruppe der „Identitären Bewegung Deutschland“ (IBD), die nach eigenem



Bekunden „um den Erhalt der ethnokulturellen Identität“ kämpft. Ihr Erkennungszeichen sind gelb-schwarze Fahnen und Schilder, auf denen ein „Lambda³“-Zeichen abgebildet ist.

Nach derzeitiger Einschätzung besteht aufgrund des modernen Auftretens der Bewegung sowie der intensiven Nutzung des Internets als Kommunikations- und Streuungsinstrument durchaus die Möglichkeit, dass sich die IBD als rechtspopulistische Gruppierung etablieren könnte.

„Aktionsgruppe Buch“ (AGB)

Im Zeitraum Mai bis Juli 2012 kam es im Berliner Ortsteil Buch zu einer Vielzahl von Sachbeschädigungen durch Graffiti mit rechtsmotivierten Inhalten bzw. strafrechtlich relevanter rechter Symbolik. Neben Schriftzügen, wie „NS-Jetzt“, „Anti-Antifa Buch“, „Israel Du Opfer“ und „A.C.A.B“ sowie Hakenkreuz- und Sigrunen-Darstellungen wurde immer wieder die Abkürzung AGB festgestellt. Die Ermittlungen ergaben, dass es sich dabei um die Abkürzung der „Aktionsgruppe Buch“ handelt. Aufgrund intensiver Analysen der einzelnen Taten und der zeitnahen Umsetzung operativer Maßnahmen konnten im September die Tatverdächtigen ermittelt werden. Dabei handelt es sich um Personen der rechten Szene mit einschlägigen Vorerkenntnissen, die als Protagonisten der „Aktionsgruppe Buch“ angesehen werden können.

„Reichsbürgerbewegungen“

Unter dem Begriff „Reichsbürgerbewegungen“ agieren verschiedene eigenständige Organisationen oder Personen, welche unter Berufung auf das Deutsche Reich - auf der Grundlage der Weimarer Verfassung - den rechtlichen Bestand der Bundesrepublik Deutschland negieren. In zahlreichen Verschwörungstheorien (sog. „Reichsbürgertheorie“) wird die Rechtmäßigkeit amtlichen Handelns bundesdeutscher Behörden angezweifelt.

³ Dabei handelt es sich um den elften Buchstaben des griechischen Alphabets.

Kennzeichnend für die Angehörigen der verschiedenen Splittergruppen der „Reichsbürgerbewegungen“ ist u. a. das Ausweisen mit Phantasiepapieren, wie z. B. „Reichsausweisen“, und die Vergabe von Pseudoämtern, wie „Reichskanzler“ oder „Reichsminister“. Darüber hinaus werden E-Mails an öffentliche Einrichtungen, einschließlich Polizeibehörden, versandt, denen teils umfangreiche Dokumente beigelegt sind.

In Berlin ist im Berichtsjahr u. a. die Reichsbürgerbewegung „Neue Gemeinschaft von Philosophen“ bekannt geworden. Diese sandte im Zeitraum Februar bis August 2012 an unterschiedliche Empfänger in Berlin ein achtseitiges Schreiben mit dem Titel „Ausweisung aus Deutschland“ (vgl. Punkt 3.1.2).

Eine weitere Gruppe der „Reichsbürgerbewegungen“, bei der zwei Berliner Personen im Juli 2012 im Rahmen polizeilicher und ordnungsbehördlicher Maßnahmen in Erscheinung traten, ist das „DPHW - Deutsche Polizei Hilfswerk“. Dessen Intention besteht nach vorliegenden Erkenntnissen in erster Linie darin, die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen zu verhindern und dabei auch durch illegale medienwirksame Aktionen gegen Behörden und deren Mitarbeiter auf sich aufmerksam zu machen. Die Mitglieder des DPHW treten in polizeiähnlichen Uniformen mit der Aufschrift „Deutsche Polizei“ auf. Dabei betiteln sie sich selbst als „Bürgerwehr“ und suggerieren den Anschein amtlicher, polizeilicher Eigenschaften und Befugnisse. Obwohl sich das DPHW auf seiner Internetpräsenz www.dphw.de ausdrücklich von „[...] obskuren Reichsbewegungen [...]“ distanziert, liegen polizeiliche Erkenntnisse vor, die personelle und argumentative Zusammenhänge zwischen DPHW und den sog. „Reichsbürgern“ bzw. deren Splittergruppen belegen.

„German Defence League“ (GDL)

Bei der „German Defence League“ (GDL) handelt es sich um einen überparteilichen Zusammenschluss von Personen gleicher Interessen ohne klar definierten Aufbau, der im aktionsorientierten Teil der islamkritischen und rechtspopulistischen Szene anzusiedeln ist. Die GDL lehnt sich inhaltlich und ideologisch an die „English Defence League“ (EDL) an. Laut Selbstdarstellung auf der deutschen Internet-Hauptseite bezeichnet sich die GDL als „Bewahrer der jüdisch-christlichen, griechisch-römischen Tradition“ und wendet sich „gegen eine Islamisierung Deutschlands, gegen rechten Faschismus und den linksextremen Wahn.“ Sie deklariert sich als grundsätzlich rechtsstaatlich orientiert und nicht gewalttätig, betont aber ihre Bereitschaft, sich bei Angriffen durch politische Gegner zur Wehr zu setzen. Die GDL ist in Deutschland derzeit in 18 Divisionen aufgeteilt, wobei der Divisions- und Aktionsschwerpunkt in Nordrhein-Westfalen liegt.

Nach eigenem Bekunden gründete sich die Berlin-Division am 5. Juni 2012 und trat im Oktober 2012 erstmals als Anmelder einer Kundgebung in Erscheinung. Am 24. November 2012 versammelten sich auf dem Mittelstreifen vor der Botschaft Großbritanniens in Berlin-Mitte 15 Personen der GDL zu einer nicht angemeldeten Kundgebung unter dem Motto „Free Tommy – Freiheit für Tommy Robinson“. Dabei hielten sie themenbezogene Plakate in Richtung Botschaft. Bei Tommy Robinson handelt es sich um einen britischen Rechtsextremisten, der der „English Defense League“ (EDL) angehört.

Darüber hinaus wurden nahezu wöchentlich angemeldete Mahnwachen und Kundgebungen zu islamfeindlichen Themen, zu denen vorwiegend über das soziale Netzwerk „Facebook“ mobilisiert wurde, durchgeführt, die störungsfrei und ohne relevante öffentliche Resonanz verliefen. Bisher nahmen nicht mehr als 15 Personen an diesen Veranstaltungen teil.

In der Vergangenheit waren in Berlin Angehörige der GDL - durch uniformartige Bekleidung und Transparente erkennbar - mehrfach an Versammlungen von „pro

Deutschland“ und „Die Freiheit“ beteiligt. Zudem gibt es nach eigenem Bekunden Kontakte zur „Identitären Bewegung Deutschland“ (IBD), mit der zukünftig eine Zusammenarbeit beabsichtigt ist.

3.3 Herausragende Ereignisse

Versuchter Mord

Am 8. Januar 2012 fragte der Geschädigte ausländischer Herkunft eine Deutsche in Berlin-Prenzlauer Berg nach dem Weg und lud sie zum Kaffeetrinken ein. Durch drei unbekannte männliche Personen wurde das spätere Opfer angesprochen und ausländerfeindlich beleidigt. Nach Zeugenaussagen wurde er dann von einem der drei Männer mit der Faust ins Gesicht geschlagen und fiel zu Boden. Beim Aufstehen trat ihm ein zweiter Täter mit dem Fuß seitlich gegen den Kopf, so dass er bewusstlos liegen blieb. Der Geschädigte erlitt lebensbedrohliche Verletzungen.

Versuchter Mord

Der Tatverdächtige und das vietnamesische Opfer waren zum Tatzeitpunkt, am 24. Februar 2012, in der JVA Plötzensee in Berlin-Moabit im gleichen Zellentrakt untergebracht. Der Tatverdächtige, der nach Zeugenaussagen erkennbar ausländerfeindlich eingestellt ist, fühlte sich nach eigenen Angaben durch den Geschädigten und zwei weitere vietnamesische Gefangene gestört. Am Tatabend saß das spätere Opfer in seiner Zelle. Der Täter betrat wortlos die Zelle und griff ihn ohne Vorwarnung mit einem Messer an. Dabei erlitt der Geschädigte lebensbedrohliche Verletzungen.

3.4 Prognose

Im Jahr 2013 ist weiterhin mit der Begehung von Straftaten gegen politisch Andersdenkende zu rechnen. Vor allem im Zusammenhang mit der bevorstehenden Bundestagswahl ist mit Sachbeschädigungen an Wahlplakaten und/oder Parteieinrichtungen, insbesondere derer, die aktiv gegen Rechtsextremismus und Rassismus agieren, zu rechnen. Dies wird auch Auswirkungen auf das Fallaufkommen in diesem Themenbereich haben.

Des Weiteren ist für das Jahr 2013 auch die Begehung fremdenfeindlicher Straftaten, darunter auch Delikte mit erheblicher Gewalt, in Betracht zu ziehen.

4. Politisch motivierte Kriminalität – links

4.1 Besondere Entwicklungen

4.1.1 Gentrifizierung und Stadtentwicklung

Angesichts eines immer intensiveren Aufgreifens bleibt das Thema Umstrukturierung ein wichtiges Aktionsfeld der linken Szene, dem sich zunehmend auch Interessengemeinschaften in der „Mitte der Gesellschaft“ annehmen.

Seit Jahren steht vor allem die Erhöhung der Mieten rund um das Kottbusser Tor und im sozialen Wohnungsbau im Mittelpunkt des Interesses der „Mietergemeinschaft Kotti & Co“. Durch diese wurden regelmäßig sogenannte „Samstags-Demonstrationen“ gegen steigende Mieten und die damit einhergehende Verdrängung der Menschen aus ihrem Zuhause sowie gegen den aus ihrer Sicht untätigen Berliner Senat in Sachen Mietenpolitik durchgeführt.

- Am 30. Juni 2012 fand die vierte „Lärmdemo“ unter dem Motto „Innenstadt – wir bleiben! Gegen hohe Mieten“ statt. An diesem Aufzug nahmen bis zu 600 Personen teil. Es wurden Transparente mitgeführt. Noch vor Beginn der Versammlung, enthüllten drei Personen, welche der linken Szene zuzurechnen waren, vom Dach des Hauses Admiralstr. 2 ein Transparent mit der Aufschrift: „Fick dich Vermieter“. Dazu wurden ein bengalisches Feuer sowie ein pyrotechnischer Gegenstand gezündet.

Durch die „Mietergemeinschaft Kotti & Co“ wurde am 26. Mai 2012 ein Protestcamp am Kottbusser Tor errichtet, das mittlerweile durch das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg als Kunstobjekt eingestuft wurde und daher geduldet wird.

Am 2. Februar 2012 jährte sich zum ersten Mal die Räumung des Szeneobjektes „Liebig 14“ in Berlin-Friedrichshain. Aus diesem Anlass wurde eine „Mahnwache Rigaer Straße/Liebigstraße zum ersten Jahrestag der Räumung Liebigstraße 14 in 2011“ durchgeführt. Gegen Mittag verbrachten sechs Personen einen symbolischen Friedhof vor das Objekt Liebigstr. 34 und spielten Live-Musik ab. Rund um den Jahrestag kam es zu themenbezogenen Straftaten.

**Wir
bleiben
alle!**



- Am 1. Februar 2012 wurden vier Personen dabei beobachtet, wie sie an die Wände des Hausflures eines Wohnhauses in Berlin-Friedrichshain die Schriftzüge „R94 bleibt“ und „Steigende Mieten stoppen!“ sprühten.
- Unbekannte Täter bewarfen am 3. Februar 2012 die Fassade eines Sanierungsobjektes in Berlin-Friedrichshain mit roten Farbbeuteln. Auf der Internetseite linksunten.indymedia.org wurde publiziert, dass anlässlich des Jahrestages der Räumung der Liebigstr. 14, mehrere Luxuswohnkomplexe und Lofts mit Farbe angegriffen wurden.

Auch bundesweit gab es Resonanzstraftaten bezüglich des 1. Jahrestages der Räumung der Liebigstr. 14. U. a. entzündeten unbekannte Täter am 5. Februar 2012 einen BMW in Hamburg. Auf indymedia.org bekannten sich „ein paar wütende Autonome“ zu der Tat und stellten sie in den Begründungszusammenhang der Räumung der Liebigstr. 14.

Anfang des Jahres wurde in der linken Szene die für den 22. Februar 2012 avisierte Räumung des „Schokoladens e. V.“ thematisiert. Dabei handelt es sich um ein unabhängiges Wohn- und Kulturprojekt in Berlin-Mitte. Auf einschlägigen Internetseiten wurden die Leser u. a. aufgefordert, die Privat- und Geschäftsadressen des Besitzers aufzusuchen, um die „Meinung direkt kund zu tun“. Am 30. März 2012 wurde bekannt,

dass es bezüglich der Räumung eine Einigung zwischen Besitzer und Mieter gegeben hat, in deren Folge die Räumung abgewendet wurde.

Ein weiteres Reizthema stellte im Berichtsjahr das Projekt BMW Guggenheim LAB⁴ dar. Nachdem als Standort zunächst ein Grundstück in Berlin-Kreuzberg vorgesehen war, wurde dieser aufgrund angedrohter Proteste von Anwohnern und Gentrifizierungsgegnern in den „Pfefferberg“ in Berlin-Prenzlauer Berg verlegt.

Im Vorfeld der Eröffnung gab es durch die linken Szene Proteste, da aus ihrer Sicht befürchtet wurde, dass die Mieten durch solche Projekte in der unmittelbaren Umgebung steigen und dadurch ein Verdrängungseffekt einkommensschwacher Bevölkerungsteile einsetzen würde.

- In der Nacht zum 1. April 2012 wurden in Berlin-Prenzlauer Berg zwei Pkw der Marke BMW von unbekanntem Tätern in Brand gesetzt. Eine politische Motivation im Zusammenhang mit dem BMW Guggenheim LAB wird vermutet.
- Am 24. April 2012 fand eine Videokundgebung „BMW & Quandt: Woher kommt eigentlich die Knete?“ gegenüber dem Haupteingang zum „Pfefferberg“ statt. Es nahmen 50 Personen teil.

Weiterhin wurde ein offener Protestbrief verfasst. Aus diesem ging hervor, dass der Sponsor BMW für die Gegner des LAB das zentrale Problem darstellt. U.a. heißt es: „Wir brauchen keine Diskussionskultur, die von BMW organisiert, strukturiert und moderiert

⁴ Das BMW Guggenheim LAB ist ein mobiles Forschungslabor, das in den kommenden sechs Jahren in weltweit neun Metropolen reisen wird. Junge internationale Teams aus den Bereichen Stadtentwicklung, Architektur, Kunst, Design, Wissenschaft, Technik, Bildung und Nachhaltigkeit befassen sich in Projekten, Experimenten und im öffentlichen Diskurs mit Fragen des modernen städtischen Lebens. Ziel ist die Erforschung und das Experimentieren mit neuen Konzepten sowie die Entwicklung zukunftsweisender Lösungsansätze für das Leben in der Stadt. in weltweit neun Metropolen reisen wird. Junge internationale Teams aus den Bereichen Stadtentwicklung, Architektur, Kunst, Design, Wissenschaft, Technik, Bildung und Nachhaltigkeit befassen sich in Projekten, Experimenten und im öffentlichen Diskurs mit Fragen des modernen städtischen Lebens. Ziel ist die Erforschung und das Experimentieren mit neuen Konzepten sowie die Entwicklung zukunftsweisender Lösungsansätze für das Leben in der Stadt.

wird. Wir warten auch nicht mit BMW gemeinsam auf die Zukunft dieser Stadt. Unsere Zukunft ist nicht die von BMW.“

Mit der Eröffnung des LAB für den Zeitraum vom 30. März bis 15. Juni 2012 ließ die Thematisierung deutlich nach.

Im Berichtsjahr waren mehrere Versuche, leer stehende Häuser zumindest symbolisch neu zu besetzen bzw. auf den Leerstand aufmerksam zu machen, zu verzeichnen.

- Am 24. Februar 2012 wurden ca. 70 schwarz gekleidete und zum Teil verummte Personen vor und hinter dem Haus Görlitzer Str. 51 in Berlin-Kreuzberg festgestellt. Die Personen vor dem Haus hielten ein schwarzes Tuch hoch und verdeckten damit die Eindringversuche in das Haus. Während diese Versuche scheiterten, gelangten die Personen an der Rückseite gewaltsam in das Objekt, welches sie nach kurzer Zeit jedoch wieder verließen.
- Am 8. Dezember 2012 wurden ca. 100 Personen vor und in der ehemaligen Gerhard-Hauptmann-Schule in der Reichenberger Str. in Berlin-Kreuzberg festgestellt. Am Gebäude waren themenbezogene Transparente angebracht, die sich inhaltlich mit dem Thema Mietsteigerungen befassten.

Darüber hinaus nahm sich die linke Szene des Themas Zwangsäumung an.

- Am 22. Oktober 2012 wurde eine Gerichtsvollzieherin aufgrund einer Sitzblockade vor einem Haus in Berlin-Kreuzberg durch eine größere Personengruppe an der Durchführung einer Räumung gehindert. Am selben Tag suchten ca. 30 Personen die Firmenanschrift des Hauseigentümers auf und brachten Aufkleber im Eingangsbereich an, welche sich auf die anstehende Zwangsäumung bezogen. Am gleichen Abend versammelten sich etwa 180 Personen aus dem Umfeld des

„Unterstützerkreis gegen Zwangsräumung“ friedlich, um gegen Zwangsräumungen zu demonstrieren.

- Am 14. Dezember 2012 versuchte eine Gerichtsvollzieherin zwecks Zwangsräumung einer Wohnung ein Haus in Berlin-Neukölln zusammen mit dem Vermieter zu betreten. Zu diesem Zeitpunkt wurde die Hauseingangstür durch ca. 30 Personen blockiert. Diese Personengruppe drohte der Gerichtsvollzieherin und dem Vermieter Gewalt an, wenn sie versuchen sollten, das Haus zu betreten. Bei Eintreffen der Polizei waren noch immer ca. 30 Personen vor der Hauseingangstür. Diese führten ein Transparent mit der Aufschrift: „Mieten verweigern – Kündigung ins Klo – Räumung verhindern“ mit und skandieren Sprechchöre. Durch die Polizei wurde der Hauseingang geräumt, und die Gerichtsvollzieherin konnte das Haus betreten.

Im Themenzusammenhang wurden auch im Berichtsjahr wieder zahlreiche Demonstrationen bzw. Aktionen durchgeführt und dabei Straftaten begangen.

- Im Verlauf eines Hoffestes am 21. April 2012 versammelten sich vor dem Objekt in Berlin-Kreuzberg unangemeldet zehn Personen und hielten eine Spontandemonstration zum Thema „Hoffest der verschleuderten Häuser“ ab. Nach einiger Zeit wurde ein Transparent mit der Aufschrift „Freiräume schaffen und verteidigen“ entfaltet. Die Personengruppe wuchs auf 40 Teilnehmer an.
- Am 18. und 19. Juni 2012 fand die Jahrestagung der Immobilienwirtschaft im Hotel „Ritz Carlton“ statt. Personen der linken Szene führten am 18. Juni 2012 mehrere Protestaktionen durch, um die Tagung zu stören. So behinderten sie durch Blockadeaktionen Abfahrt sowie Ankunft des Tagungsbusses zwischen zwei Veranstaltungsorten und bewarfen diesen mit Schuhen und Farbbeuteln.
- Am 30. Dezember 2012 versammelten sich ca. zehn verummte Personen vor einem Haus in Berlin-Friedrichshain und schleuderten vermutlich mit einer Zille

Steine gegen die Fassade. Dadurch wurden im 2. Obergeschoss drei Fensterscheiben sowie die Fassade im Bereich des Balkons beschädigt. Ca. 20 Personen versuchten, in das Haus einzudringen. Als hinzu gerufene Polizeibeamte eintrafen, wurden deren Einsatzfahrzeuge sofort mit Steinen beworfen.

4.1.2 Konfrontation mit dem politischen Gegner

Ein weiteres herausragendes Betätigungsfeld linksgerichteter Aktivisten ist die Konfrontation mit dem politischen Gegner aus dem rechten Spektrum. Dabei agiert die linke Szene zum Teil anlassabhängig, vor allem im Zusammenhang mit Versammlungen und Aufzügen des rechten Spektrums.

- Bei der angemeldeten Demonstration der NPD unter dem Motto „Zeit zu handeln - Unserem Volk eine Zukunft - kriminelle Ausländer raus“ versammelten sich am 13. April 2012 am Antreteplatz in Berlin-Marienfelde ca. 50 Veranstaltungsteilnehmer. Während der gesamten Veranstaltung versuchten Gruppen der linken Szene den Aufzug zu behindern. Bis zu 20 Gegendemonstranten ließen sich auf der Fahrbahn nieder und hakten sich unter, um den Aufzug der NPD zu verhindern.
- Anlässlich der NPD-Demonstration „Kein Asylantenheim in Rudow“ am 24. November 2012 in Berlin-Rudow kam es zu unfriedlichen Aktionen seitens der Gegendemonstranten. Zum Zeitpunkt der Zwischenkundgebung des NPD-Aufzuges versuchten mehrere Personen, die Polizeikette zu überrennen, um den NPD-Aufzug zu erreichen. Dabei wurden Sprechchöre, wie „Nazis raus“ gerufen. Darüber hinaus wurden Sitzblockaden durchgeführt, um das Weiterkommen der Aufzugsteilnehmer zu verhindern. Dabei kam es auch zu Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Zunehmend rücken Demonstrationen der Bürgerrechtsbewegung „pro Deutschland“ in den Fokus der linken Szene.

- Anlässlich des Aktionswochenendes von „pro Deutschland“ am 18. und 19. August 2012 fanden zahlreiche Gegendemonstrationen der linken Szene und des bürgerlichen Spektrums statt. Eine Kampagne „Zusammen handeln! - gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung“ hatte unter dem Motto: „pro Deutschland die Tour vermässeln! Antirassistische Stadtrundfahrt" Kundgebungen zum Teil zeitlich und örtlich parallel zu den Kundgebungen von „pro Deutschland“ durchgeführt. Des Weiteren fanden Gegenkundgebungen „Bunt statt Braun – Friedrichshain-Kreuzberg gegen Rassismus" vor dem Rathaus Kreuzberg und „Frühschoppen statt Deutschland - Für den Untergang des Abendlandes" in der Köpenicker Str. in Berlin-Kreuzberg statt. Die „Grüne Jugend“ führte in Berlin-Friedrichshain eine Gegenkundgebung „Was ist eigentlich Deutschland? - Stand gegen Nationalismus und Patriotismus" durch.
- Am 13. November hielt „pro Deutschland" eine Kundgebung „Ja zum Asylrecht - Nein zum Asylbetrug" in Berlin-Mitte ab. Hierzu versammelten sich bis zu 200 Gegendemonstranten, welche ihren Unmut in lautstarken Sprechchören äußerten. Dabei wurden Einsatzfahrzeuge der Polizei durch Sitzblockaden behindert und die Beamten teilweise körperlich angegriffen. Einige Teilnehmer waren verummmt.

Neben Gegendemonstrationen zu rechten Aufzügen werden auch sogenannte „Outing-



Aktionen“ seit Jahren genutzt, um Angehörige der rechten Szene öffentlich im Internet oder in Szenepublikationen bloßzustellen. Anfang des Jahres 2012 veröffentlichte die Hackergruppe „Anonymous“ auf der Internetseite nazi-leaks.net verschiedene Inhalte von

Servern der rechten Szene. Nach eigenem Bekunden ist diese Internetseite Teil der Operation „Blitzkrieg“, in deren Rahmen „Anonymous“ plant, Internetseiten der rechten Szene zu blockieren. Die veröffentlichten Informationen beinhalteten u. a. Personendaten

mit Anschriften sowie weitere Kontaktdaten und E-Mail-Adressen. Gehackt wurden u. a. die Seiten von „Blood & Honour“ und thorsteinar.de. Darüber hinaus wurden Spendenlisten der NPD veröffentlicht.

Nach wie vor werden in der linken Szene vor allem der sogenannte „Weitlingkiez“ mit dem rechten Szenetreff des Vereins „Sozial engagiert in Berlin e. V.“ (SeiB) und der als Treffpunkt der rechten Szene bekannten Lokalität „Sturgis“ sowie der Kiez rund um den Bahnhof Schöneweide mit „Hexogen“ und „Zum Henker“ als Rückzugs- und Agitationsräume von Nazis angesehen.

In diesem Zusammenhang wurden auch im Berichtsjahr zahlreiche Demonstrationen, die teilweise mit der Begehung von Straftaten einher gingen, festgestellt.

- Am 2. März 2012 versammelten sich ca. 500 Personen, überwiegend aus der Antifa-Szene, zur Demonstration „Gegen organisierte Nazistrukturen in Schöneweide“ in Berlin-Niederschöneweide. Während des Aufzuges wurden polizeifeindliche Parolen skandiert und ein Laserpointer ohne Wirkung gegen Polizeibeamte eingesetzt. U. a. wurden Steine gegen den „Sozialen Buchladen“ geworfen. Mehrere Versammlungsteilnehmer legten kurz vor Erreichen des rechten Szenelokals „Zum Henker“ Vermummung an. Es kam zu Flaschen- und Steinwürfen auf mehrere Objekte. Auseinandersetzungen zwischen Aufzugsteilnehmern und Personen der rechten Szene, die sich im Lokal „Zum Henker“ aufhielten, konnten verhindert werden.
- Am 7. Juli 2012 versammelten sich 150 Personen zum Aufzug „Dem braunen Sumpf das Wasser abgraben - Zum Henker Hexogen und alle anderen rechten Rückzugsräume dichtmachen! NW-Berlin abschalten!“. Der Aufzug verlief weitestgehend störungsfrei, vereinzelt kam es zu Verstößen gegen das Versammlungsgesetz. Als Personen der rechten Szene an den Fenstern in der über

dem Lokal „Zum Henker“ gelegenen Wohnung gesichtet wurden, die die Aufzugsteilnehmer fotografierten, kam zu verbalaggressiven Redebeiträgen und zu vereinzelt Vermummungen im Aufzug. Die durch den Landesvorsitzenden der NPD angemeldeten zwei Kundgebungen zum Thema „Meinungsfreiheit muss geschützt werden“ wurden abgesagt.

4.1.3 Repression

Auch im Berichtsjahr war das Thema „Repression“ Anlass zu verschiedenen Aktionen und



Straftaten. An Einrichtungen der Polizei Berlin und des BKA kam es mehrfach zu Sachbeschädigungen oder auch zu Brandanschlägen. Des Weiteren wurden Fahrzeuge der Polizei Berlin und der Ordnungsämter beschädigt oder in Brand gesetzt. Auch Gewerkschaften mit Polizeibezug

wurden angegriffen. Als Besorgnis erregendes Phänomen ist dabei festzustellen, dass dabei teilweise enthemmt Gewalt ausgeübt wird.

Der 15. Polizeikongress war Anlass für zahlreiche Aktionen seitens der linken Szene.

- Am 28. Januar 2012 wurde unter dem Motto „Fight capitalist war-Fight capitalist peace! - Gegen die Perfektionierung staatlichen Mordens!“ eine Demonstration von Personen der linken Szene durchgeführt. Diese war von einer hohen Aggression und Gewaltbereitschaft geprägt. Es kam zu diversen Straftaten. So wurde ein Explosivkörper auf Polizeibeamte geworfen, die im Rahmen der Absicherung des Dienstgebäudes des Abschnitts 55 eingesetzt waren.
- Am 15. Februar 2012 versammelten sich am Haupteingang des Einkaufszentrums „Alexa“ in Berlin-Mitte 11 Personen zu einer nicht angemeldeten Kundgebung. Durch die Teilnehmer wurden themenbezogene Plakate gezeigt, auf denen Namen

von Personen standen, die durch Polizeieinsätze verletzt oder getötet wurden. Über einen Handlautsprecher wurden Passanten im unmittelbaren Umfeld aufgefordert, sich der Versammlung anzuschließen. Der Kundgebungsort befand sich gegenüber dem „Berliner Congress Centrum“ (BCC), in dem der Polizeikongress tagte. Auf indymedia.org wurde die Aktion thematisiert. Darin hieß es u. a.: „Wir wollen keinen ausgebildeten Folterknechten oder traumatisierten Soldaten bei unseren Demos begegnen. Wir bezahlen nicht die Profite von Firmen die Pfefferspray, Handschellen oder Taser produzieren. Wir finden uns weder damit ab, dass Menschen aus Afrika vor ihren Stränden als ‚Piraten‘ versenkt, noch dass sie vor unseren Stränden als ‚Schleuser‘ ertränkt werden. Und auch nicht, dass sie in deutschen Polizeistationen verbrennen oder in deutschen Jobcentern erschossen werden.“

Nach wie vor muss davon ausgegangen werden, dass in einzelnen Teilen der autonomen Szene ein tiefgehender Hass auf Polizeibeamte gehegt wird, sie werden als „Staatsbüttel“ und als Symbole der abgelehnten Ordnung wahrgenommen. Dies führt dazu, dass einzelne Aktionen durchaus darauf ausgerichtet sind, auch Personen, die die Repressionsorgane verkörpern, gezielt anzugreifen und eine Gefahr für Leib oder Leben dieser Personen in Kauf zu nehmen oder sogar bewusst herbeizuführen. Dies wurde bei einem Angriff auf ein mit Polizeibeamten besetztes Einsatzfahrzeug am 5. Mai 2012 besonders deutlich (siehe Punkt 4.3).

4.1.4 Asylrecht

Am 19. März 2012 begannen Flüchtlinge in Würzburg eine neue Form des Protestes gegen die ihrer Meinung nach unmenschlichen Lebensbedingungen und das als miserabel empfundene Asylrecht in Deutschland. Es wurden in neun Städten (vier Bundesländer) Protestcamps auf der Straße eingerichtet. In einer Pressemitteilung kündigten die

Streikenden eine Karawane nach Berlin an, um den Protest dort gemeinsam fortzuführen.

Als Forderungen wurden genannt:

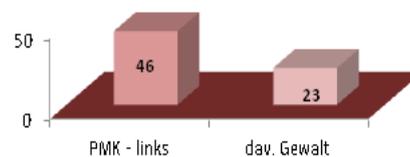
- Stopp aller Abschiebungen,
- Aufhebung der Residenzpflicht,
- keine Lagerunterbringung,
- schnellere Bearbeitung der Asylanträge, denn Asyl ist Menschenrecht und kein Privileg.

Der Protestmarsch begann am 8. September 2012 in Würzburg mit ca. 30 bis 40 Teilnehmern iranischer Herkunft und führte ca. 600 km durch mehrere Bundesländer.

Mit Kundgebungen/Demonstrationen in mehreren Städten auf der zweigeteilten Route (Fußmarsch direkt nach Berlin; per Bus durch die westlichen Bundesländer nach Berlin), verlief er unter regem Interesse der Medien, überwiegend störungsfrei.

Nachdem der Protestmarsch am 5. Oktober 2012 Berlin erreicht hatte, ließen sich die Teilnehmer in Form eines Protestcamps, welches von Unterstützern auch aus der linken Szene aufgebaut wurde, am 6. Oktober auf dem südlichen Teil des Oranienplatzes in Berlin-Kreuzberg unter Duldung des Bezirkes nieder. Durch die Teilnehmer wurden mehrere themenbezogene Demonstrationen durchgeführt.

Fallaufkommen Ausländer-/Asylproblematik 2012



- Am 13. Oktober 2012 fand ein Aufzug unter dem Motto „Abschiebestopp, Abschaffung der Residenzpflicht und Flüchtlingslager“ vom Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg zum Brandenburger Tor in Berlin-Mitte mit ca. 3.600 Teilnehmern weitgehend störungsfrei statt. Die Teilnehmer setzten sich nicht nur aus Asylbewerbern und deren Anhängern/Sympathisanten zusammen, auch wurden ca.

200 Angehörige verschiedener antifaschistischer Gruppen festgestellt. Dazu kamen zahlreiche gewaltfreie Initiativen und Einzelpersonen aus diversen politischen und gesellschaftlichen Bereichen. Am Pariser Platz fand parallel eine Kundgebung von „pro Deutschland“ „Asylrecht ja – Asylbetrug nein“ mit ca. 15 Teilnehmern statt.

- Am 15. Oktober 2012 drangen ca. 20 Personen widerrechtlich in die Räumlichkeiten der nigerianischen Botschaft (Wartebereich der Konsularabteilung) ein. Die Aktion nahm Bezug auf die „unterstützende Verfahrensweise“ der Botschaft bei Abschiebungen aus der Bundesrepublik Deutschland. Sach- oder Personenschäden in der Botschaft wurden nicht bekannt. Während der Verbringung der Personen aus der Botschaft befanden sich ca. 30 bis 40 Personen der linken Szene (mutmaßlich überwiegend Teilnehmer des „Refugee Protest Camps“) vor der Botschaft und äußerten lautstark ihren Protest gegen die polizeilichen Maßnahmen bzw. störten diese.

Im Rahmen der Aktionen gegen das bestehende deutsche Ausländerrecht begaben sich Teilnehmer und Sympathisanten des Protestcamps am 24. Oktober 2012 zum Pariser Platz in Berlin-Mitte, um ihren Protest mittels Hungerstreik und Dauermahnwache „Bleiberecht für alle, Abschaffung der Residenzpflicht“, auf der dortigen Mittelinsel fortzuführen. Die Dauermahnwache, an der überwiegend Personen des linken Spektrums teilnahmen, wurde am 9. Dezember 2012 für beendet erklärt.

Das Refugee-Protestcamp am Oranienplatz besteht nach wie vor und wird vermutlich so lange bestehen bleiben, wie keine für die Betroffenen befriedigende politische Lösung zur Alimentation und Unterbringung von Asylbewerbern gefunden wurde.

4.1.5 Internationale Solidarität

Im Zusammenhang mit den Sparmaßnahmen der griechischen Regierung und den daraus resultierenden Unruhen im Land fanden in Berlin seit dem Jahr 2011 einige angemeldete und nicht angemeldete Kundgebungen und Demonstrationen statt, die mit bis zu 100 Teilnehmern störungsfrei verliefen.

Im Internet wurden seitens einzelner Personen der linken Szene, insbesondere der Anti-Repressionsgruppe „ABC-Berlin“ (Anarchist Black Cross) und auch von der „Occupy-Bewegung“, Texte eingestellt, in denen die Solidarität mit dem griechischen Volk erklärt wird. Thematisch wird vor allem die Europäische Union kritisiert, die mit den Sparvorgaben für Griechenland den Kapitalmarkt „*im Gleichgewicht*“ halten will, vor allem aber an der Rettung der Großbanken interessiert sei und die sozialen Belange der Bevölkerung ausblende.

Hinsichtlich möglicher Reaktionen in Berlin und der Bundesrepublik Deutschland wird seitens der linksextremistischen Szene erklärt, „...dass Sabotage, sei sie durch hundert oder hunderttausende ausgeführt, ein Nährboden unserer Revolte ist. Auch in unseren Breitengraden ist sie möglich, nötig und kann der verbindende Link sein, damit die lodernden Feuer den Flächenbrand entfachen.“

Aufgrund des wachsenden Widerstandes der Bevölkerungen der von den Sparmaßnahmen betroffenen Länder erklärte der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) den 14. November 2012 zum europaweiten Aktionstag. Im Zusammenhang mit dem Aktionstag fanden mehrere Straftaten statt:

- In der Nacht zum 15. Oktober 2012 setzten unbekannte Täter im Berliner Hansaviertel den Pkw des griechischen Militärattaché in Deutschland in Brand. Dieser befand sich in einer offenen Tiefgarage unterhalb eines viergeschossigen Wohngebäudes und brannte vollständig aus. In einem

Selbstbeichtigungsschreiben wird die Tat in den Themenzusammenhang „Repression“ und „soziale Kämpfe“ gestellt. Die Auswahl des Angriffsziels wurde damit begründet, dass „Oberst Grympiris“ als Vertreter der Botschaft ein legitimes Ziel militanter Angriffe sei, da er Verantwortung trage u. a. für Waffengeschäfte mit Deutschland, für die Sparpolitik der griechischen Regierung und für die Zusammenarbeit der griechischen Polizei und die Gewalt gegen Demonstrierende in Athen und anderen Städten.

- In der Nacht zum 31. Oktober 2012 setzten unbekannte Täter in Berlin-Mitte einen Mercedes Sprinter mit der Aufschrift „JOBMOBIL – Jugend ohne Beruf“ (Jugendhilfeeinrichtung der deutschen katholischen Jugend) in Brand. In einem dazu eingegangenen Selbstbeichtigungsschreiben (SBS) stellen die Täter ihre Tat in dem Themenzusammenhang „Antikapitalismus“ und „soziale Kämpfe“ und verweisen auf den „Internationalen Aktionstag des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB)“ am 14. November, der die Solidarität mit den betroffenen südeuropäischen Ländern des „Sparpakets“ ausdrücken will.

4.2 Parteien, Organisationen, Vereine und Gruppierungen

4.2.1 „Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin“ (ARAB)

Auch im Berichtsjahr trat die im Jahr 2007 gegründete „Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin“ (ARAB) wieder in Erscheinung. U. a. unterstützte sie die griechische Bewegung gegen Sozialabbau mit Aktionen und der Kampagne „Great Crisis Rise UP-Greek Edition“.

Nach wie vor ist die ARAB eine der aktivsten Gruppierungen der linken



Szene Berlins, die nach eigenem Bekunden für eine vollständige Überwindung kapitalistischer Verhältnisse kämpft und zu den gewaltbereiten und –ausübenden Gruppierungen der linken Szene gehört.

4.2.2 „Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB)

Die „Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB), die aus der sich im Jahr 2003 aufgelösten „Antifaschistischen Aktion Berlin“ (AAB⁵) entstand, trat im Berichtsjahr mit der Anmeldung von zwei Demonstrationen in Erscheinung. Die erste Kundgebung zum Thema „Nein zu unsozialer Kürzungspolitik“ fand am 19. April 2012 statt. Die Kundgebung diente bereits im Vorfeld der Solidarisierung mit der Aktion „Blockupy Frankfurt“, die im Zeitraum 16. bis 19. Mai 2012 in Frankfurt (Main) stattfand. Eine zweite Demonstration meldete die ALB für den 20. Juli 2012 zum Thema mit ESM⁶ an.

4.3 Herausragende Ereignisse

Versuchter Mord

Am Abend des 28. Januar 2012 fand in der „Kadterschmiede“ in Berlin-Friedrichshain eine „After Demo Party“ statt, zu der unter dem Motto „Polizeikongress verpiss dich! Wer sich hier mit Cocktails beschüttet, finanziert die Demonstration gegen den 15. Internationalen Polizeikongress und die Repressionskosten eines Genossen. Wer bei der heutigen Demo versprengt wurde oder einfach nur friert, ist bei der Party genau richtig“ mobilisiert wurde. In den Morgenstunden des 29. Januar 2012 kam es in diesem Bereich zu zahlreichen Gewalttätigkeiten und Auseinandersetzungen mit der Polizei. Nachdem sich ca. 15 verummte Personen nach Stein- und Schneeballwürfen in das Objekt Rigaer Str.

⁵ Damals eine der mitgliederstärksten und politisch aktivsten autonomen „Antifa-Gruppen“ Berlins.

⁶ Europäischer Stabilitätsmechanismus

94 zurückzogen und den Eingang verbarrikadiert hatten, drangen Beamte einer Einsatzhundertschaft in das Objekt ein. Während des Versuchs der Türöffnung wurden die Beamten durch vermummte Personen aus den Fenstern im Treppenhaus aus den Obergeschossen mit Steinen und Bauschutt beworfen sowie mit weißer Farbe und anderen unbekanntem Flüssigkeiten übergossen. Weiterhin wurde mindestens ein Feuerlöscher entleert und anschließend nach den im Hof befindlichen Einsatzkräften geworfen. Die Beamten erlitten Atemnot und waren orientierungslos. Dies wurde durch die Täter dahingehend ausgenutzt, dass sie zum Teil mit Metallstangen gezielt nach den Beamten schlugen und stießen. Dabei zielten sie auf die Gesichter der Polizisten. Darüber hinaus wurde mittels unbekanntem Gegenstand eine Flamme entzündet, die durch die Beamten gelöscht werden konnte.

Versuchter Mord

Als ein Polizeifahrzeug am 5. Mai 2012 verkehrsbedingt an einer roten Ampel in Berlin-Kreuzberg hielt, wurde es zunächst mit Steinen beworfen. Danach öffnete eine unbekannte Person die hintere linke Fahrzeugtür und warf einen brennenden Gegenstand, vermutlich Pyrotechnik, auf die Rückbank. Die Polizeibeamten konnten mit dem Fahrzeug flüchten und löschten später das Feuer selbständig.

4.4 Prognose

In der linken Szene wurde mittlerweile zur Kenntnis genommen, dass bestimmte Themen wie Gentrifizierung und soziale Kämpfe auch in der „Mitte der Gesellschaft“ angelangt sind und nicht nur zentrale Thematiken von Minderheiten oder Randgruppen darstellen, Aufgrund der Vermittelbarkeit werden diese durch die linke Szene verstärkt für eigene Aktionen und Straftaten genutzt, so dass auch im Jahr 2013 mit Straftaten zu rechnen ist. Darüber hinaus wurde bereits in der Vergangenheit seitens der linken Szene festgestellt,

dass sogenannte „direkte Aktionen“, welche ohne einen konkreten Veranstaltungsanlass in Kleingruppen durchgeführt werden, bei geringem Entdeckungsrisiko eine große Öffentlichkeitswirksamkeit entfalten.

Charakteristisch für die linke Szene in Berlin ist eine hohe Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt und eine Verweigerungs- und Protesthaltung gegenüber den bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen, die von Teilen als faschistisch bzw. imperialistisch empfunden werden. Die linke Szene ist gut vernetzt, reagiert schnell, mobilisiert überregional und zeigt Solidarität mit Ereignissen im europäischen Ausland. Bei Demonstrationen unter Beteiligung von Angehörigen der gewaltbereiten linksextremistischen Szene bzw. des autonomen Spektrums sind immer wieder veranstaltungstypische Straftaten zu verzeichnen. Primär sind hier Sachbeschädigungen, Körperverletzungen, Beleidigungen, Widerstandshandlungen und Landfriedensbrüche zu erwarten.

5 Politisch motivierte Ausländerkriminalität

5.1 Politisch motivierte Ausländerkriminalität ohne Bezüge zum Islamismus

5.1.1 Besondere Entwicklungen

PKK/Kurden

Zum Ende des Jahres 2011 hin erreichten die Auseinandersetzungen zwischen dem türkischen Militär bzw. den Sicherheitsorganen und der PKK eine weitere Eskalationsstufe. Bei militärischen Maßnahmen türkischer Luftstreitkräfte im Grenzgebiet zwischen dem Irak und der Türkei in der Nacht auf den 29.12.2011 wurden 35 Zivilpersonen getötet. Dies führte auch in Berlin zu Auseinandersetzungen zwischen PKK-nahen Kurden und national gesinnten Türken. Höhepunkt dieser Auseinandersetzungen war ein Brandanschlag am 3. Januar 2012 auf die Räumlichkeiten des Vereinsheims „Berlin Türk Ülkücüler Birliği“ („Bund der Türkischen Idealisten in Berlin“) in Berlin-Mitte (näheres siehe Punkt 5.1.2).

Im Berichtsjahr waren bundesweit mehrere medienwirksame Aktionen im Zusammenhang mit dem 13. Jahrestag⁷ der Festnahme und den seit Juli 2011 anhaltenden verschärften Haftbedingungen Abdullah Öcalans zu verzeichnen.

- Am 15. Februar 2012 betreten insgesamt 12 überwiegend jugendliche Personen den öffentlich zugänglichen Info-Point der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin-Mitte. Sie zeigten fünf gelbfarbende Flaggen mit dem Konterfei Öcalans. Ziel der Aktion war, auf dessen Schicksal aufmerksam zu machen. Nach erfolgter Personalienfeststellung begaben sich die Personen ca. eine Stunde später geschlossen aus dem Gebäude und entfernten sich.

⁷ Öcalan wurde am 15. Februar 1999 in Nairobi/Kenia festgenommen.

Am 2. März 2012 begann im französischen Straßburg ein Hungerstreik von PKK-Aktivisten für die Freilassung Abdullah Öcalans. In diesem Zusammenhang kam es auch in Berlin zu Unterstützungsaktionen.

- Am 19. April 2012 versammelten sich ca. 30 Frauen kurdischer Abstammung in Berlin-Mitte, um für die Freilassung des inhaftierten PKK-Führers und anderer politischer Gefangener zu demonstrieren. In Richtung Auswärtiges Amt wurden themenbezogene Transparente und Plakate gezeigt. Eine Anmeldung lag nicht vor.
- Eine Gruppe von 15 bis 20 Personen betrat am 18. April 2012 die Fahrbahn einer Straße in Berlin-Neukölln und blockierte so den Fahrzeugverkehr. Sie führten zum Teil PKK-Fahnen mit, einige Teilnehmer trugen grüne Kopftücher. Nach ca. fünf Minuten entfernten sie sich wieder. Eine Anmeldung lag nicht vor.



Der Hungerstreik wurde Medienberichten zufolge am 20. April 2012 nach 52 Tagen beendet.

In der Zeit vom 8. September bis 24. November 2012 fand die Aktion „Freiheit für Öcalan“, welche durch die „Koma Civakên Kurdistan“ (KCK) organisiert wurde, statt. Ein angemieteter Bus mit kurdischen Aktivisten fuhr durch 70 deutsche und europäische Städte, um mit Kulturdarbietungen und einer Unterschriftensammlung für die Freilassung Abdullah Öcalans zu werben. In Berlin beteiligten sich am 20. und 21. September 2012 90 bzw. 70 Personen auf dem Platz des 18. März an der Veranstaltung. Dabei wurde ein Transparent mit der Aufschrift „Freedom Öcalan – Democratic Autonomy for the kurdisch people“ gezeigt, auf dem sich auch verbotene Symbole befanden.

Kundgebungen und Aufzüge PKK-naher Kurden waren im Jahre 2012, ausgenommen zum Ende des Jahres, von einer abnehmenden Teilnehmerzahl geprägt. Nach der

Gewalteskalation bei der Demonstration am 26. November 2011 kam es selbst durch aktionsorientierte Jugendliche zu keinen körperlichen Auseinandersetzungen mit Einsatzkräften der Polizei oder türkisch-nationalistischen Provokateuren. Bei den meisten Veranstaltungen wurden im Vorfeld Gegenstände und Symbole festgestellt, deren Mitführen gegen das Versammlungs- bzw. Vereinsgesetz verstößt. Darüber hinaus waren während der Veranstaltungen vereinzelt Verstöße gegen das Vereinsgesetz in Form von Sprechchören registriert.

Syrien

Das seit nunmehr über einem Jahr anhaltende brutale Vorgehen der syrischen Regierung gegen regimekritische Personen führte auch in Berlin zu zahlreichen Protestaktionen. Insgesamt wurden im Jahr 2012 78 themenbezogene Versammlungen durchgeführt. Acht Demonstrationen waren pro Assad und 70 richteten sich gegen den syrischen Machthaber. Die Teilnehmerzahlen bewegten sich vom mittleren zweistelligen bis zum mittleren dreistelligen Bereich und verliefen bis auf drei Ausnahmen gewaltfrei.

- Am 3. Februar 2012 traten ca. 20 Personen die verschlossene Tür zur syrischen Botschaft in Berlin-Tiergarten auf und drangen in das Gebäude ein. Dort zerstörten sie das Mobiliar in einigen Büros und sprühten themenbezogene Schriftzüge an die Fassade. Die Polizei nahm die Personen, die keinen Widerstand leisteten, beim Verlassen des Geländes fest.
- Am 19. Mai 2012 fand in Berlin-Charlottenburg ein Aufzug zum Thema „Demomarsch gegen das Assad-Regime“ mit bis zu 120 Teilnehmern statt. Es wurden themenbezogene Transparente sowie Fahnen gezeigt. Des Weiteren wurde Musik abgespielt. Bei diesem Aufzug versuchten zehn Salafisten, sich mit

entsprechenden Fahnen an dem Aufzug der syrischen Opposition zu beteiligen, wurden jedoch auf Bitten der Veranstalter durch die eingesetzten Kräfte aus dem Aufzug verwiesen.

- Am 6. Oktober 2012 fand in Berlin-Charlottenburg eine „Kundgebung gegen das Assad Regime“ statt. Diese verlief mit 50 Personen weitgehend störungsfrei. Es wurden themenbezogene Transparente gezeigt und die Teilnehmer hielten diverse Redebeiträge. Zeitgleich fand eine Kundgebung „Protest gegen das Blasphemievideo“⁸ statt. Nach Beendigung dieser stieß eine Gruppe von ca. 60 Personen zu der „Kundgebung gegen das Assad Regime“. Es kam zu aggressiven verbalen Auseinandersetzungen, welche durch konsequentes Trennen der beiden Parteien unterbunden werden konnten.

Bei den Aufständen gegen das Assad-Regime seit März 2011 wurden nach UN-Angaben bislang mehr als 60.000 Menschen getötet. Eine Verurteilung durch den Sicherheitsrat kam bislang nicht zustande, weil China und Russland ihr Veto eingelegt haben.

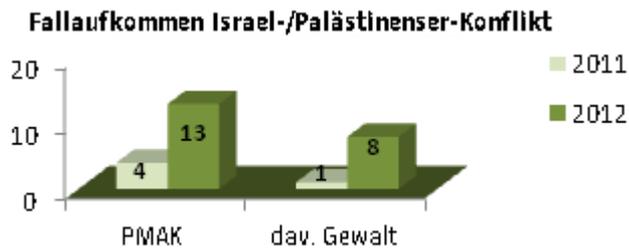
Im Zusammenhang mit der Pro-Assad-Haltung Russlands wurden 17 Protestversammlungen im Nahbereich der russischen Botschaft in Berlin-Mitte mit bis zu 400 Teilnehmern durchgeführt.

- Am 19. Juni 2012 skandierten mehrere Personen während der Versammlung „Kundgebung gegen die russische Politik, die russische Militärunterstützung des syrischen Regimes muss gestoppt werden“ die Parolen „Kindermörder Putin“, „Massenmörder Putin“ und „Nie wieder Putin!“.

⁸ Bei dem Video handelt es sich um den im September 2012 auf YouTube eingestellten Filmtrailer „Innocence of muslims“. In dem von einem US-Bürger produzierten Film wird der Prophet Muhammad unter anderem als Frauenheld, Kinderschänder und Mörder dargestellt sowie als Bastard beschimpft.

Israel-/Palästinenser-Konflikt

Nach dem erneuten Aufflammen des Nahost- Konfliktes zeigte sich sofort eine große



Anteilnahme der hier lebenden Palästinenser, die bei einer Demonstration am 18. November 2012 zur Emotionalisierung der Teilnehmer und zu Tötlichkeiten

zwischen jugendlichen Demonstrationsteilnehmern und der Polizei führte.

- Am 18. November 2012 versammelten sich in Berlin-Neukölln bis zu 700 Menschen, um unter dem Motto „Protest gegen den Krieg im Gaza-Streifen“ zu demonstrieren. Dabei wurden aus dem Aufzug heraus immer wieder pyrotechnische Gegenstände geworfen. Mehrere türkische Anwohner wurden durch Sprechchöre beleidigt. Nach der vorzeitigen Beendigung des Aufzuges wurden am Endplatz wiederholt pyrotechnische Gegenstände sowie Steine auf Polizeibeamte geworfen.

Die anlässlich des Al-Quds-Tages stattgefundenene „Demonstration zum Qudstag – Unterstützung für Palästina“ mit ca. 1100 Teilnehmern am 18. August 2012 sowie zwei zeitgleich stattfindende Gegenveranstaltungen waren von einer hohen Emotionalisierung geprägt, verliefen jedoch weitestgehend störungsfrei.

Die Verkündung des Waffenstillstandes zwischen der Hamas und Israel führte zu einer Beruhigung dahingehend, dass eine für den 23. November 2012 geplante Kundgebung mit geringerer Teilnehmerzahl friedlich verlief.

5.1.2 Herausragende Ereignisse

Versuchte schwere Brandstiftung

Als Reaktion auf die militärischen Maßnahmen türkischer Luftstreitkräfte am 29. Dezember 2011 und auch als Reaktion auf den versuchten Brandanschlag am 10. Dezember 2011 in Berlin warfen unbekannte Täter am 3. Januar 2012 zwei Brandsätze auf die Räumlichkeiten des Vereinsheims „Berlin Türk Ülkücüler Birliği“ („Bund der Türkischen Idealisten in Berlin“) in Berlin-Wedding. Die Täter flüchteten, die Anwesenden konnten die Flammen selber löschen, ohne dass jemand verletzt wurde. Zu der Tat bekannte sich die „Apoistische Jugend“ und stellte sie in den Begründungszusammenhang des „Massakers der türkischen Streitkräfte in Sirnak“ sowie der „Isolationshaft des Führers“. Es konnten drei Tatverdächtige ermittelt werden. Bei der Durchsuchung der Wohnungen und eines Geschäfts wurden Mobiltelefone und Computer beschlagnahmt, deren Auswertung noch andauert.

Besonders schwerer Landfriedensbruch

Eine Gruppe von acht Personen überkletterte den Zaun der Botschaft der Islamischen Republik Iran. Auf dem Botschaftsgelände kam es zu Sachbeschädigungen, u. a. wurde die iranische Flagge heruntergerissen und verbrannt. Die Aktionen wurden von etwa 20 zum Teil verummten Personen, die sich vor dem Gelände aufhielten, durch Zeigen von Transparenten sowie Durchsagen mit einem Megaphon - vermutlich in Farsi - begleitet.

Im Rahmen der Nacheile konnten sieben iranische und drei deutsche Staatsbürger, die der linken Szene zuzurechnen sind, festgenommen werden.

Durch eine auf indymedia.org veröffentlichte Selbstbezeichnung wurde bekannt, dass es sich bei den handelnden Personen um Gegner des iranischen Regimes handelte, die dem

Protestcamp am Oranienplatz angehört und offensichtlich Unterstützung in der linken Szene fanden.

5.1.3 Prognose

Eine Abkehr der PKK-Führung von dem Konzept des grundsätzlichen Gewaltverzichts in Westeuropa konnte bislang nach wie vor nicht festgestellt werden. Bundesweit haben allerdings die Ereignisse beim 20. Kurdischen Kulturfestival in Mannheim am 08.09.2012, wo durch gewalttätige Ausschreitungen durch Versammlungsteilnehmer über 80 Polizeibeamte verletzt wurden, gezeigt, dass ein Teil der kurdischen Jugend durch die Veranstalter der YEK-KOM oder ihr nahe stehender Vereine nicht oder nur bedingt steuerbar ist.

Auch die weitere Entwicklung in Syrien wird Auswirkungen in Form von Straftaten oder emotional geführten Protesten in Berlin haben. Von einer Beruhigung der Lage in Syrien ist weder kurz- noch mittelfristig auszugehen.

Auf Bitten der türkischen Regierung beschloss der Deutsche Bundestag am 14. Dezember 2012 die Entsendung von Patriot-Raketen in die Türkei, um diese vor einem eventuellen Angriff Syriens zu schützen. Politisch motivierte Straftaten waren in diesem Zusammenhang in Berlin bislang nicht zu verzeichnen, sind jedoch bei einer Verschärfung des Konflikts nicht auszuschließen.

Der jüngst vor der UNO erstrittene Status Palästinas als „Beobachter“ wird in palästinensischen Kreisen als Vorstufe einer Staatsgründung bejubelt und dürfte weiter zur Beruhigung der Lage in Berlin beitragen. Ein gefasster Beschluss Israels, erneut Siedlungen in besetzten Gebieten zu bauen und fällige Überweisungen an die Palästinenser zu sperren, hatte bislang keine öffentlichkeitswirksamen Auswirkungen auf

die Stimmungslage der hier lebenden Palästinenser. Ein erneutes Aufflammen des Nahost-Konfliktes könnte jedoch auch in Berlin zu themenbezogenen Straftaten führen.

5.2 Islamistischer Extremismus/Terrorismus

5.2.1 Besondere Entwicklungen

Im Rahmen bundesweiter Durchsuchungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Verbotsverfügung des Bundesministeriums des Innern (BMI) vom 29. Mai 2012 zum nicht eingetragenen Verein „Millatu Ibrahim“ und gegen die Strukturen von DawaFFM⁹ und „Die wahre Religion“ (DWR) wurden in Berlin im Berichtsjahr vier Wohnungen in den Berliner Bezirken Wedding, Neukölln und Prenzlauer Berg durchsucht.

Die Gruppierung „Millatu Ibrahim“ formierte sich 2011 um den österreichischen Staatsangehörigen Mohammed M. alias Abu Usama al-Gharib. Dieser veröffentlichte im Jahr 2007 im Namen der „Globalen Islamischen Medienfront“ (GIMF) zwei Videos, in denen er Deutschland und Österreich aufgrund der militärischen Intervention in Afghanistan mit Anschlägen drohte. Nach Verbüßung einer vierjährigen Haftstrafe u. a. wegen Herstellung und Verbreitung von Drohvideos, ließ sich Mohammed M. im Herbst 2011 für kurze Zeit in Berlin nieder.

Neben M. handelt es sich bei der zweiten herausragenden Persönlichkeit der Gruppierung um den amtsbekannten Berliner Denis C. alias Deso Dogg¹⁰.

Der Verein „Millatu Ibrahim“ ruft Muslime in Deutschland zum aktiven Kampf gegen die verfassungsmäßige Ordnung auf, dabei wird der Einsatz von Gewalt befürwortet und in

⁹ DawaFFM ist, wie auch DWR, ein salafistischer Verein, der sich insbesondere der Missionierung („Dawa“) widmet.

¹⁰ Siehe hierzu auch Lagedarstellung Politisch motivierte Kriminalität in Berlin 2011, S. 45ff.

Kauf genommen. Im Rahmen der Propagandaarbeit spielen sog. Naschids (hier: Kampflieder) von C. eine große Rolle. In diesen legitimierte C. u.a. die gewaltsamen Ausschreitungen bei den Demonstrationen in Solingen und Bonn und er ruft zu weiteren Gewalttaten auf.

Mitglieder und Unterstützer der Gruppierung haben in der Vergangenheit nicht nur Einfluss auf den gewaltsamen Verlauf bei Demonstrationen (Solingen und Bonn) genommen, sondern sie traten auch als Organisator von Demonstrationen zum Thema „Mohammed-Karikaturen“ auf. Darüber hinaus veranstalteten u.a. Mitglieder und Unterstützer des Vereins im Berichtsjahr regelmäßig (erstmalig am 12. Mai 2013) Gegenveranstaltungen zu Kundgebungen/Demonstrationen von „Pro-Deutschland“ und „Pax Europa Landesverband Berlin Brandenburg“.

In Folge des Vereinsverbots kam es zu einem Anstieg von Ausreisen aus dem Mitglieder- bzw. Unterstützerkreis der Gruppierung ins Ausland. In diesem Zusammenhang konnte im Berichtszeitraum ebenfalls eine Verlagerung der Propagandatätigkeit ins Ausland festgestellt werden. Erstmals seit dem Jahr 2008 wurden ab dem 15. Juni 2012 wieder Veröffentlichungen der GIMF in jihadistischen Internetforen festgestellt.

5.2.2 Herausragende Ereignisse mit Islamismus-Bezug

Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

Aufgrund von Erkenntnissen über die beabsichtigte Weiterleitung eines größeren Geldbetrags an eine Person des jihadistischen Personenspektrums, die im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet terroristisch ausgebildet wurde bzw. dort an Kampfhandlungen gegen Streitkräfte der NATO und regionale Sicherheitskräfte teilgenommen hat, wurde am 16. Juni 2012 in Berlin-Mitte das Fahrzeug des mutmaßlichen Geldkuriers observiert und auf richterliche Anordnung durchsucht. Dabei

wurde ein vierstelliger Bargelddbetrag, versteckt in einem Koffer im Kofferraum des Fahrzeugs, aufgefunden und beschlagnahmt. Das Geld stammt vermutlich aus Spenden der Besucher einer Berliner Moschee. Gegen den Geldkurier wurde ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat eingeleitet.

Urkundenfälschung/Kontoeröffnungsbetrug (Festnahme)

Ein weiterer, dem jihadistischen Spektrum angehörender Mann wurde zur Untersuchungshaft gebracht, nachdem bei Durchsuchungen Ende September 2012 falsche bulgarische Ausweisdokumente und ein Führerschein sowie weitere auf seine Falschpersonalien ausgefertigten Unterlagen sichergestellt worden waren. Der Mann stand bereits im Verdacht, sich bei einer Verkehrskontrolle im August 2012 mit einem falschen bulgarischen Ausweisdokument ausgewiesen zu haben. Die so verschaffte Tarnidentität, die er auch zur Eröffnung eines Kontos bei der Berliner Sparkasse verwendete, diente offenbar dem Zweck, eine Abschiebung in sein Herkunftsland zu verhindern und seinen illegalen Aufenthalt in Deutschland abzusichern. Gegen den Mann wurden Ermittlungsverfahren wegen Urkundenfälschung und Kontoeröffnungsbetrug eingeleitet.

Werben um Mitglieder einer ausländischen terroristischen Vereinigung (Vollstreckung Haftbefehl)

Gegen Ghaleb A. werden seit 2009 umfangreiche Ermittlungen geführt, da er im Verdacht steht als einer der Hauptverantwortlichen des militant-jihadistischen Forums „Netzwerk der Helfer der Mujahidin“ (Ansar al-Mujahidin) im Internet um Mitglieder und Unterstützer für die ausländische terroristische Vereinigung al-Qaida und verschiedene Ablegerorganisationen geworben und seine inkriminierten Aktivitäten selbst nach zwei Wohnungsdurchsuchungen und in Kenntnis der gegen ihn andauernden Ermittlungen

fortgesetzt zu haben. Nachdem der Beschuldigte die Bundesrepublik Deutschland vermutlich in Richtung Ägypten verlassen hatte, wurde auf Antrag der Generalstaatsanwaltschaft Berlin durch das Kammergericht Berlin ein Haftbefehl erlassen. Der Beschuldigte konnte nach seiner Rückkehr am 18. September 2012 festgenommen werden. Seit der Verkündung des Haftbefehls am 19. September 2012 befindet er sich in Untersuchungshaft in der JVA Moabit.

Festnahme aufgrund eines Haftbefehls

Nachdem der 40-jährige Tunesier Ihsen G. im Januar 2012 illegal in die Bundesrepublik Deutschland eingereist war, wurde er am 14. März 2012 in Berlin durch das Landeskriminalamt (LKA) aufgrund eines Haftbefehls des Bundesgerichtshofs (BGH) festgenommen. Er wies sich mit israelischen Aliaspersonalien sowie tschechischen und belgischen Papieren aus. Am 17. Dezember 2012 erfolgte seine Abschiebung nach Tunesien. Ihsen G. war am 6. April 2005 vom Kammergericht Berlin wegen Urkundenfälschung, Steuerhinterziehung, unerlaubter Einreise und illegalen Waffenbesitzes zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und neun Monaten verurteilt und am 19. Dezember 2006 aus der Bundesrepublik Deutschland ausgewiesen worden.

5.2.3 Prognose

Die Gefährdung deutscher Interessen durch den islamistischen Terrorismus hält weiterhin an. So ist davon auszugehen, dass Personen, die in jihadistischen Lagern ausgebildet wurden, nach Deutschland zurückkehren. Darüber hinaus werden sich auch zukünftig in Deutschland wohnhafte Personen in jihadistische Ausbildungslager begeben.

Für die Rekrutierung dieses Personenkreises dürften Propagandaaktionen, wie bspw. die der „Globalen Islamistischen Medienfront“ (GIMF), sowie andere medienwirksame Veröffentlichungen eine bedeutende Rolle spielen. Damit sollen noch unentschlossene

Personen der islamistisch-jihadistischen Szene bzw. Selbstradikalisierte in ihren jeweiligen Vorgaben bestärkt werden.

Des Weiteren ist mit einer Zunahme der gegen Deutschland gerichteten medialen Propaganda aus dem Ausland, vor allem auch vor dem Hintergrund der verstärkten Ausreisebewegung führender Personen und Unterstützer des Vereins „Millatu Ibrahim“, zu rechnen.

Losgelöst davon sind Taten von radikalisierten Einzeltätern ohne Organisationsanbindung in Betracht zu ziehen, die von Propagandataten über Gewaltdelikte bis hin zu (terroristischen) Anschlägen reichen können.

6 Sonstige/Nicht zuzuordnen

6.1 Besondere Entwicklungen

6.1.1 Globalisierung

Die sogenannte „Globalisierung“ ist nicht mehr nur ein Reizthema in der linken Szene, sondern ist mittlerweile auch in der „Mitte der Gesellschaft“ angekommen. So versammelten sich unter dem Motto „Globaler Wandel“ am 15. Januar 2012 in Berlin-Mitte ca. 500 Personen des bürgerlichen Spektrums. Im Anschluss begaben sich 100 ehemalige Versammlungsteilnehmer in den südlichen Teil des Hauptbahnhofs, ließen sich dort nieder und zeigten themenbezogene Transparente.

6.1.2 Occupy Berlin

Ausgehend von der Occupy-Bewegung in der New Yorker Wallstreet versammelten sich auch in Berlin seit 2011 immer wieder Menschen, um gegen die Finanzpolitik der Großbanken zu protestieren. Die Bewegung Occupy Berlin begann am 15. Oktober 2011 mit einer Großdemonstration mit ca. 3000 Teilnehmern, die sich aus Personen unterschiedlichster gesellschaftlicher Schichten zusammensetzten. Höhepunkt war die Besetzung des Bundespressestandes am Kapelleufer, welche bis 6. Januar 2012 geduldet wurde. Am 9. Januar 2012 erfolgte die Räumung.

- Im Anschluss an die Räumung des Grundstückes kam es in Berlin-Mitte zu einem nicht angemeldeten Aufzug ehemaliger Besetzer und deren Sympathisanten. Die 49 Personen agierten geschlossen, ein Verantwortlicher gab sich nicht zu erkennen. Während des Aufzuges wurden Sprechchöre, wie „Ihr könnt zwar unser Camp

räumen, aber nicht unsere Idee" gerufen und themenbezogene Transparente gezeigt.

- Am 04.02.2012 begaben sich ca. 20 Anhänger der Occupy-Bewegung in das Einkaufszentrum „ALEXA“ in Berlin-Mitte und ließen sich im Eingangsbereich auf dem Boden nieder. Sie diskutierten u. a. über den europäischen Rettungsschirm. Der Aufforderung des Hausrechtsinhabers, das Gebäude zu verlassen, kamen die Personen nicht nach. Die Polizei erteilte Platzverweise.

Des Weiteren fanden zwei nicht angemeldete Kundgebungen am 10. Februar und am 31. Juli 2012, jeweils in Berlin-Mitte, statt.

6.1.3 Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung

Das Fallaufkommen der politisch motivierten Straftaten gegen die sexuelle Orientierung bewegt sich mit 90 Fällen im Jahr 2012 gegenüber 95 Fällen im Jahr 2011 auf gleichem Niveau. Jedoch ist von einem nicht unerheblichen Dunkelfeld auszugehen, so dass die Fallzahlen nur einen Ausschnitt der Realität zeigen. So kann es unter Umständen vorkommen, dass Geschädigte von homosexuellenfeindlichen Straftaten aus verschiedensten Gründen bei der Anzeigenaufnahme nur unvollständige Angaben zum Tatgeschehen machen und dabei Informationen, die auf eine entsprechende Tätermotivation oder auch auf ihre Homosexualität hindeuten, zumeist aus Scham oder Angst vor einem „Coming Out“ verschweigen. Gleichwohl ist aber auch nicht auszuschließen, dass vorurteilsmotivierte Straftaten als solche durch Polizeibeamte nicht erkannt werden.

Nach wie vor werden LSBT¹¹-Personen wegen ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität Opfer von Diskriminierung und Gewalt. Im Berichtsjahr wurden 33 Gewaltdelikte registriert:

- Die Geschädigten liefen am 21. Juli 2012 in Berlin-Schöneberg an einem Imbiss vorbei, in dem die späteren Täter Gäste waren. Diese beleidigten sie homosexuellenfeindlich. Die Geschädigten liefen weiter und wurden von einem der Täter mit Essen beworfen. Dann folgten die Täter den Geschädigten, und der zweite Täter begann, auf einen der Geschädigten einzuschlagen und einzutreten. Dann wurde auch der zweite Geschädigte attackiert und bekam Tritte und Schläge gegen den Körper. Die Opfer versuchten zu fliehen und begaben sich in ein Lokal. Die Täter folgten ihnen ins Lokal, wo der erste Geschädigte so fest geschlagen wurde, dass er zu Boden ging und das Bewusstsein verlor. Die Täter traten jedoch weiter auf ihn ein. Als der zweite Geschädigte dazwischen gehen wollte, zog ihm einer der Täter den Schuh aus und warf diesen auf den Kopf des bewusstlos am Boden liegenden Opfers. Im Rahmen von Zeugenbefragungen wurde bekannt, dass die beiden Täter vor der Tat bereits im Restaurant waren und fragten, ob hier Schwule verkehren würden bzw. ob dies eine „schwule Gegend“ sei. Nachdem dies bejaht wurde, verließen sie das Restaurant mit den Worten: „Scheiß Schwule“. Aufgrund der Zeugenaussagen konnten zwei Tatverdächtige ermittelt werden.

6.2 Prognose

Im Jahr 2013 ist vor allem im Zusammenhang mit der stattfindenden Bundestagswahl eine Steigerung des Fallaufkommens im Bereich „Sonstige/Nicht zuzuordnen“ zu erwarten.

¹¹ Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender

Vor allem Sachbeschädigungen an Wahlplakaten können in den meisten Fällen keinem Phänomenbereich zugeordnet werden.

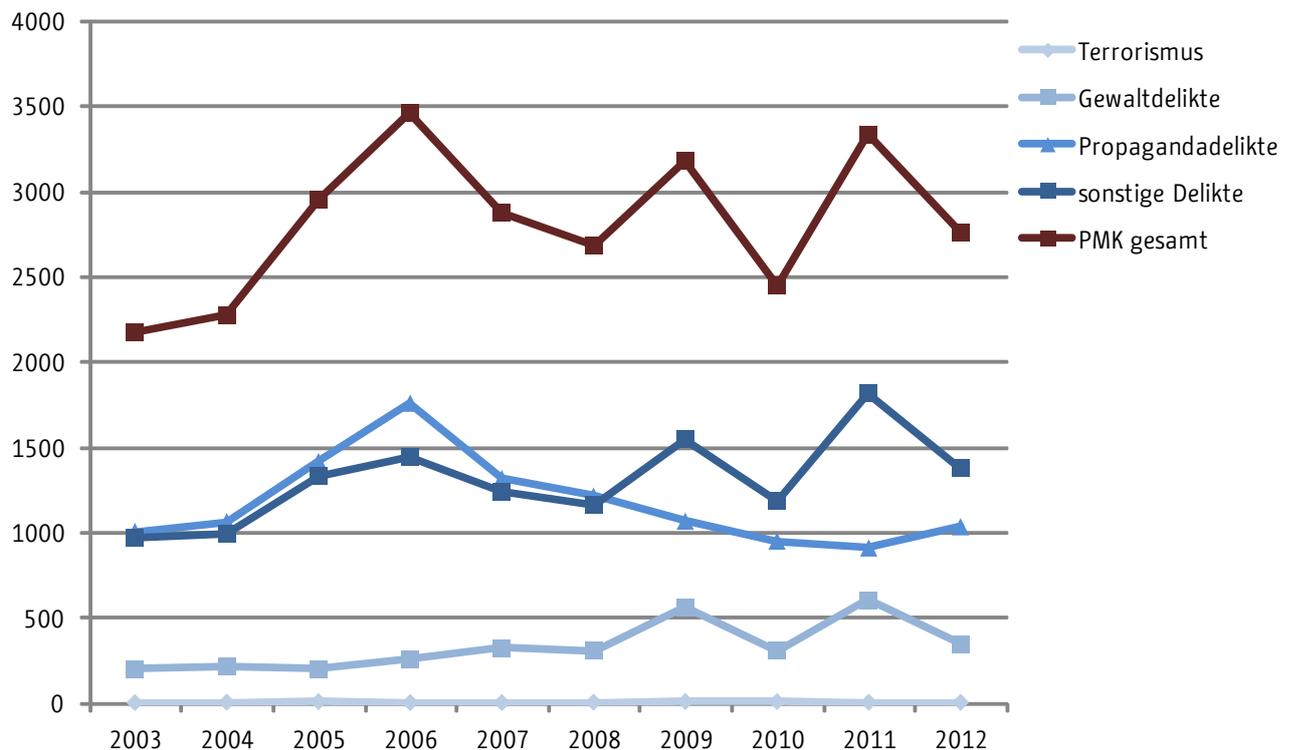
Des Weiteren bleibt abzuwarten, inwieweit die Entscheidung zum Ausbau des Stadtrings A 100 bis zum Berliner Bezirk Treptow zu Protesten durch Bürgerinitiativen und Anwohner und damit möglicherweise auch anlassbezogen zu politisch motivierten Straftaten führt.

7 Anhang

7.1 Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität

7.1.1 Entwicklung der Fallzahlen PMK

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Terrorismus	2	4	7	2	2	4	8	7	4	3
Gewaltdelikte	197	212	198	255	321	305	559	307	602	343
Propagandadelikte	1004	1062	1414	1756	1314	1212	1065	948	908	1032
sonstige Delikte	969	992	1330	1441	1237	1160	1545	1182	1817	1378
PMK gesamt	2172	2270	2949	3454	2874	2681	3177	2444	3331	2756



Fallaufkommen PMK gesamt nach Deliktsarten im Langzeitvergleich

7.1.2 Tatverdächtige PMK

	2011	2012
PMK	1702	1346
↪ männlich	1429	1166
↪ weiblich	273	180
↪ Gewaltdelikte	419	299
↪ männlich	374	260
↪ weiblich	45	39

Anzahl der Tatverdächtigen PMK nach Geschlecht im direkten Jahresvergleich

7.1.3 Opfer von Gewaltdelikten PMK

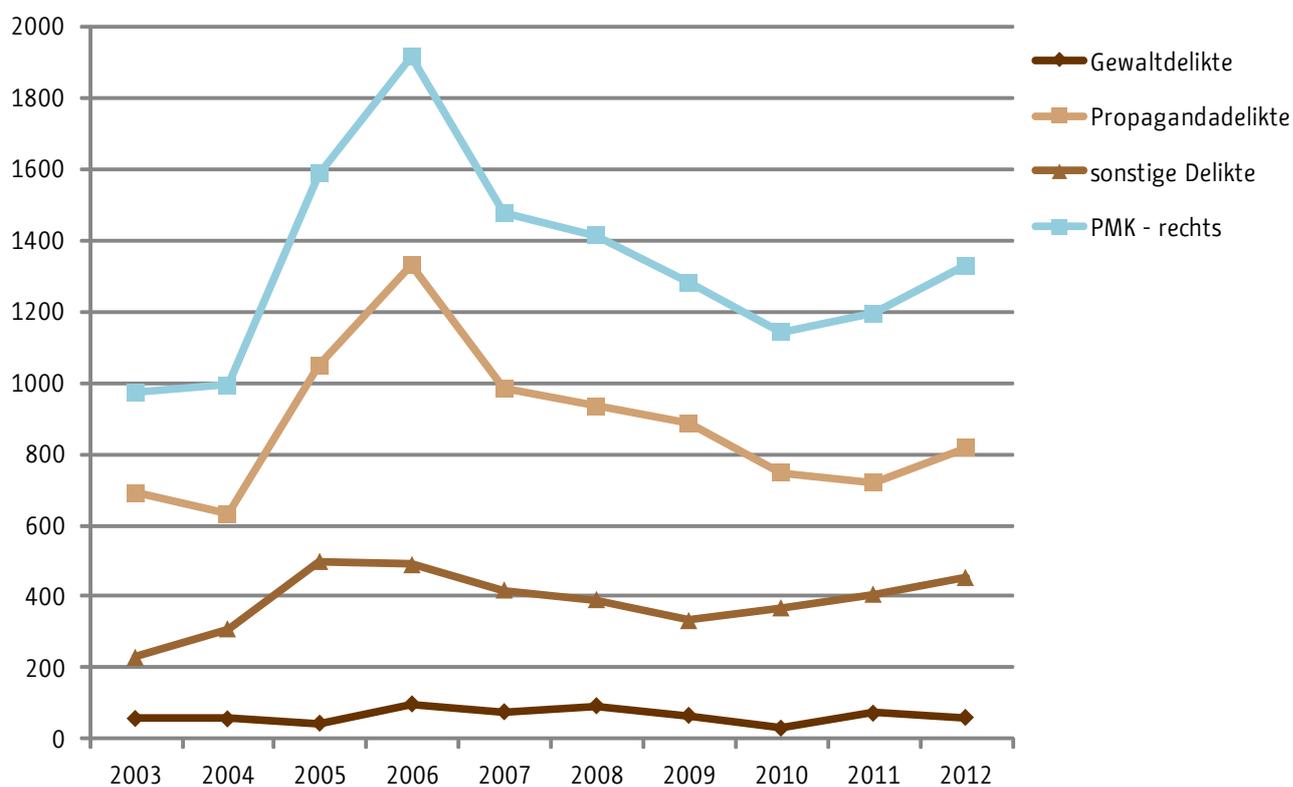
	2011	2012
männlich	186	118
weiblich	30	22
unbekannt	4	5
Gesamt	220	145

Opfer von Gewaltdelikten der PMK nach Geschlecht im direkten Jahresvergleich

7.2 Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität - rechts

7.2.1 Entwicklung der Fallzahlen PMK – rechts

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Gewaltdelikte	55	54	42	96	74	91	64	28	70	58
Propagandadelikte	687	629	1046	1329	982	931	883	745	718	816
sonstige Delikte	227	307	496	487	416	389	330	366	404	451
PMK - rechts	969	990	1584	1912	1472	1411	1277	1139	1192	1325



Fallaufkommen PMK - rechts nach Deliktsarten im Langzeitvergleich

7.2.2 Betrachtung der Aufklärungsquoten

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
PMK - rechts	969	990	1584	1912	1472	1411	1277	1139	1192	1325
↳ geklärt	325	439	489	596	397	381	430	316	324	342
Aufklärungsquote	34%	44%	31%	31%	27%	27%	34%	28%	27%	26%
↳ Gewaltdelikte	55	54	42	96	74	91	64	28	70	58
↳ geklärt	33	36	23	57	39	57	28	11	37	28
Aufklärungsquote	60%	67%	55%	59%	53%	63%	44%	39%	53%	48%

Fallaufkommen PMK - rechts mit Aufklärungsquote im Langzeitvergleich

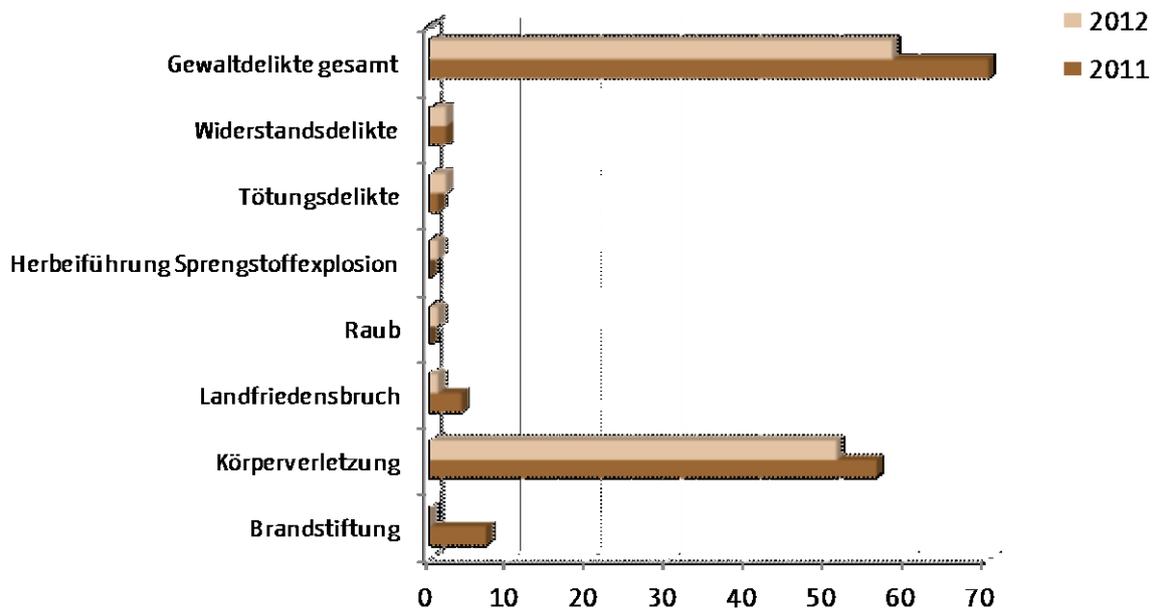
7.2.3 Betrachtung ausgewählter Themenfelder PMK – rechts

	2011	2012	Trend
PMK - rechts	1192	1325	11%
↳ antisemitisch	114	192	68%
↳ fremdenfeindlich	267	338	27%
↳ gegen links	102	79	-23%
↳ Gewaltdelikte	70	58	-17%
↳ antisemitisch	1	3	200%
↳ fremdenfeindlich	33	43	30%
↳ gegen links	30	13	-57%

Fallaufkommen in ausgewählten Themenfeldern und Unterthemen
PMK - rechts im direkten Jahresvergleich

7.2.4 Fallaufkommen PMK – rechts in den Deliktsbereichen der Gewaltdelikte

	2011	2012
Brandstiftung	7	0
Körperverletzung	56	51
Landfriedensbruch	4	1
Raub	0	1
Herbeiführung Sprengstoffexplosion	0	1
Tötungsdelikte	1	2
Widerstandsdelikte	2	2
Gewaltdelikte gesamt	70	58



Fallaufkommen PMK - rechts in den Deliktsbereichen der Gewaltkriminalität im direkten Jahresvergleich

7.2.5 Betrachtung des Fallaufkommens PMK – rechts in den Bezirken

	PMK - rechts		↪ Gewaltdelikte	
	2011	2012	2011	2012
Charlottenburg-Wilmersdorf	90	71	3	4
Friedrichshain-Kreuzberg	111	114	12	2
Lichtenberg	143	121	8	5
Marzahn-Hellersdorf	75	114	0	5
Mitte	172	212	11	16
Neukölln	117	110	10	6
Pankow	119	143	9	5
Reinickendorf	52	66	0	5
Spandau	43	58	2	1
Steglitz-Zehlendorf	58	70	3	1
Tempelhof-Schöneberg	93	136	2	3
Treptow-Köpenick	119	110	10	5
Berlin gesamt	1192	1325	70	58

Fallaufkommen PMK - rechts in den Bezirken im direkten Jahresvergleich

7.2.6 Tatverdächtige PMK – rechts

	2011	2012
PMK - rechts	420	450
↪ männlich	385	417
↪ weiblich	35	33
↪ Gewaltdelikte	72	43
↪ männlich	67	37
↪ weiblich	5	6

Anzahl der Tatverdächtigen PMK - rechts nach Geschlecht
im direkten Jahresvergleich

7.2.7 Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PMK – rechts

	PMK - rechts		☞ Gewaltdelikte	
	2011	2012	2011	2012
Einzel Täter	270	280	25	21
2 Täter	22	17	5	2
3 - 5 Täter	13	26	4	4
6 - 10 Täter	3	3	2	1
über 10 Täter	3	1	1	0
unbekannt	13	15	0	0
Anzahl geklärt	324	342	37	28

Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PMK - rechts bezogen
auf die Anzahl der aufgeklärten Fälle

7.2.7 Opfer von Gewaltdelikten PMK – rechts

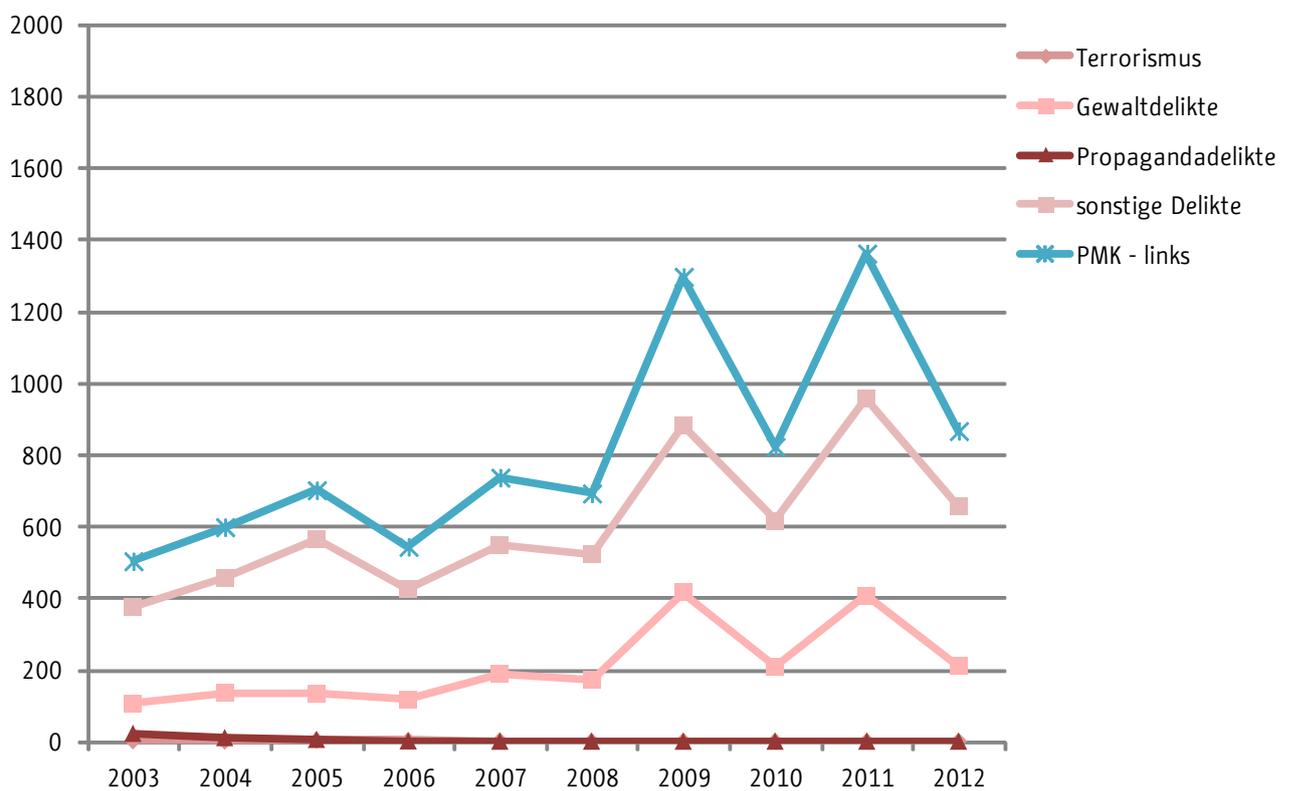
	2011	2012
männlich	50	46
weiblich	14	16
unbekannt	2	1
Gesamt	66	63

Opfer von Gewaltdelikten der PMK - rechts
nach Geschlecht im direkten Jahresvergleich

7.3 Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität – links

7.3.1 Entwicklung der Fallzahlen PMK – links

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Terrorismus	1	0	3	2	1	0	0	0	0	0
Gewaltdelikte	105	134	131	117	187	171	415	207	406	210
Propagandadelikte	22	10	5	1	0	0	0	0	0	0
sonstige Delikte	375	454	562	423	548	521	881	615	955	656
PMK - links	503	598	701	543	736	692	1296	822	1361	866



Fallaufkommen PMK - links nach Deliktsarten im Langzeitvergleich

7.3.2 Betrachtung der Aufklärungsquoten

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
PMK - links	503	598	701	543	736	692	1296	822	1361	866
↳ geklärt	221	292	332	220	146	148	414	235	423	265
Aufklärungsquote	44%	49%	47%	41%	20%	21%	32%	29%	31%	31%
↳ Gewaltdelikte	105	134	131	117	187	171	415	207	406	210
↳ geklärt	41	56	68	60	49	43	145	88	156	95
Aufklärungsquote	39%	42%	52%	51%	26%	25%	35%	43%	38%	45%

Fallaufkommen PMK - links mit Aufklärungsquote im Langzeitvergleich

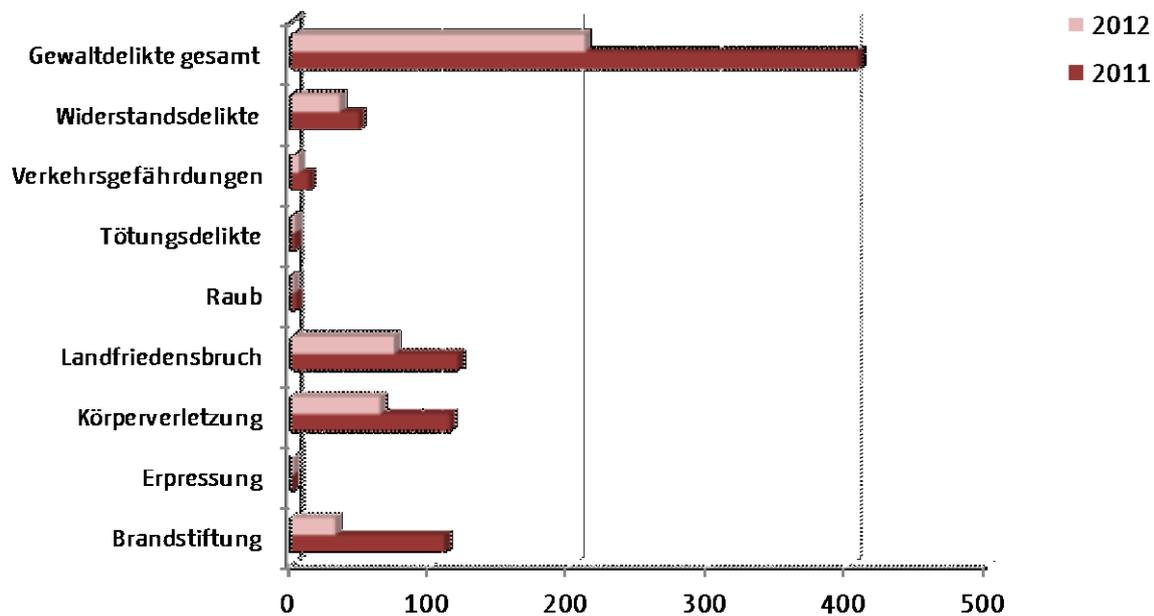
7.3.3 Betrachtung ausgewählter Themenfelder PMK – links

	2011	2012	Trend
PMK - links	1361	866	-36%
↳ gegen rechts	343	212	-38%
↳ Polizei	315	252	-20%
↳ Umstrukturierung	560	261	-53%
↳ Gewaltdelikte	406	210	-48%
↳ gegen rechts	86	45	-48%
↳ Polizei	207	153	-26%
↳ Umstrukturierung	153	50	-67%

Fallaufkommen in ausgewählten Themenfeldern und Unterthemen
PMK - links im direkten Jahresvergleich

7.3.4 Fallaufkommen PMK – links in den Deliktsbereichen der Gewaltdelikte

	2011	2012
Brandstiftung	109	31
Erpressung	0	1
Körperverletzung	113	63
Landfriedensbruch	119	73
Raub	3	1
Tötungsdelikte	2	2
Verkehrsgefährdungen	12	5
Widerstandsdelikte	48	34
Gewaltdelikte gesamt	406	210



Fallaufkommen PMK - links in den Deliktsbereichen der Gewaltkriminalität im direkten Jahresvergleich

7.3.5 Betrachtung des Fallaufkommens PMK – links in den Bezirken

	PMK - links		☞ Gewaltdelikte	
	2011	2012	2011	2012
Charlottenburg-Wilmersdorf	21	17	9	1
Friedrichshain-Kreuzberg	601	318	233	89
Lichtenberg	51	43	12	12
Marzahn-Hellersdorf	10	11	2	0
Mitte	255	179	71	42
Neukölln	152	128	31	30
Pankow	107	64	22	10
Reinickendorf	9	4	1	1
Spandau	14	1	1	0
Steglitz-Zehlendorf	24	19	5	3
Tempelhof-Schöneberg	72	40	10	17
Treptow-Köpenick	45	42	9	5
Berlin gesamt	1361	866	406	210

Fallaufkommen PMK - links in den Bezirken nach Deliktsart im direkten Jahresvergleich

7.3.6 Tatverdächtige PMK – links

	2011	2012
PMK - links	722	429
☞ männlich	547	328
☞ weiblich	175	101
☞ Gewaltdelikte	247	170
☞ männlich	211	141
☞ weiblich	36	29

Anzahl der Tatverdächtigen PMK - links nach Geschlecht
im direkten Jahresvergleich

7.3.7 Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PMK – links

	PMK - links		☞ Gewaltdelikte	
	2011	2012	2011	2012
Einzeltäter	300	191	90	54
2 Täter	32	11	3	2
3 - 5 Täter	16	16	6	3
6 - 10 Täter	9	5	3	0
über 10 Täter	62	41	52	36
unbekannt	4	1	2	0
Anzahl geklärt	423	265	156	95

Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PMK - links bezogen
auf die Anzahl der aufgeklärten Fälle

7.3.8 Opfer von Gewaltdelikten PMK – links

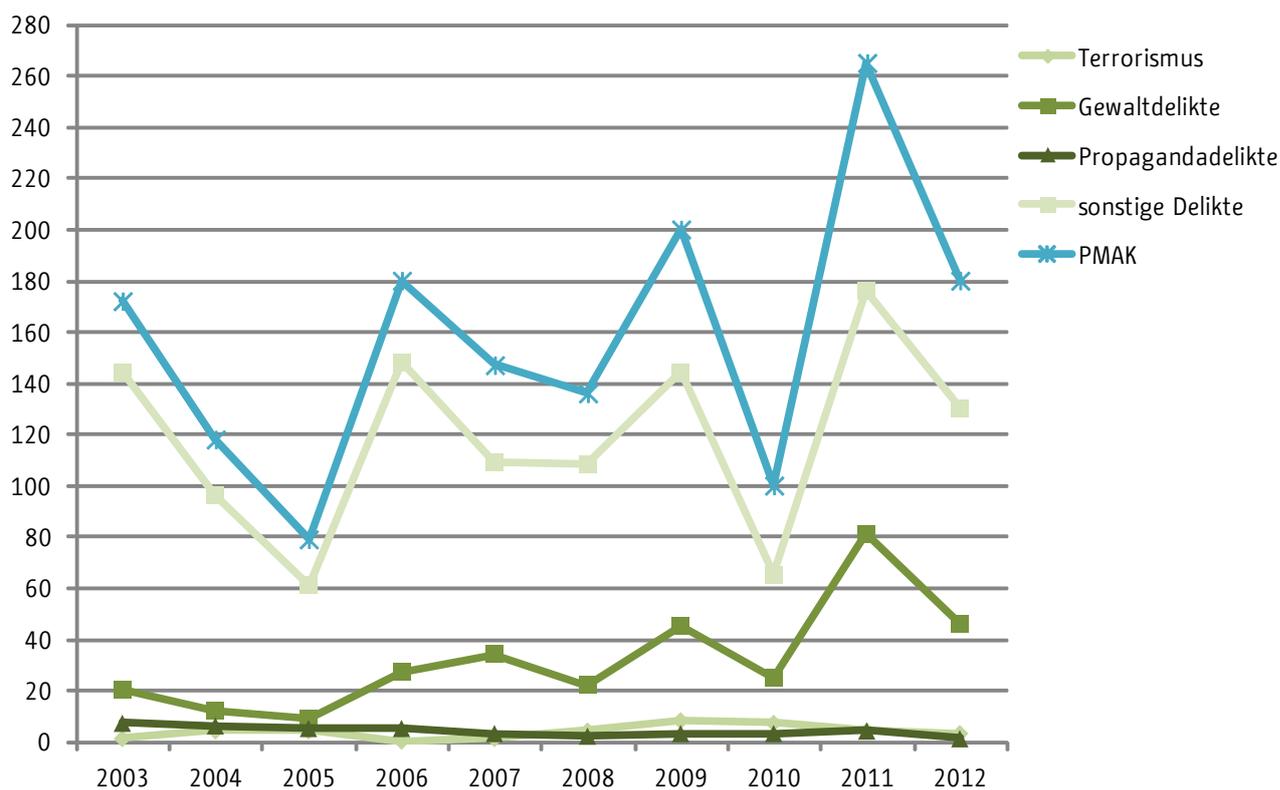
	2011	2012
männlich	77	22
weiblich	3	1
unbekannt	1	4
Gesamt	81	27

Opfer von Gewaltdelikten der PMK - links
nach Geschlecht im direkten Jahresvergleich

7.4 Fallzahlen Politisch motivierte Ausländerkriminalität

7.4.1 Entwicklung der Fallzahlen PM-Ausländerkriminalität

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Terrorismus	1	4	4	0	1	4	8	7	4	3
Gewaltdelikte	20	12	9	27	34	22	45	25	81	46
Propagandadelikte	7	6	5	5	3	2	3	3	4	1
sonstige Delikte	144	96	61	148	109	108	144	65	176	130
PMAK	172	118	79	180	147	136	200	100	265	180



Fallaufkommen PMAK nach Deliktsarten im Langzeitvergleich

7.4.2 Betrachtung der Aufklärungsquoten

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
PMAK	172	118	79	180	147	136	200	100	265	180
↳ geklärt	115	52	53	93	86	69	144	71	134	96
Aufklärungsquote	67%	44%	67%	52%	59%	51%	72%	71%	51%	53%
↳ Gewaltdelikte	20	12	9	27	34	22	45	25	81	46
↳ geklärt	10	4	5	13	22	13	28	10	40	28
Aufklärungsquote	50%	33%	56%	48%	65%	59%	62%	40%	49%	61%

Fallaufkommen PMAK mit Aufklärungsquote im Langzeitvergleich

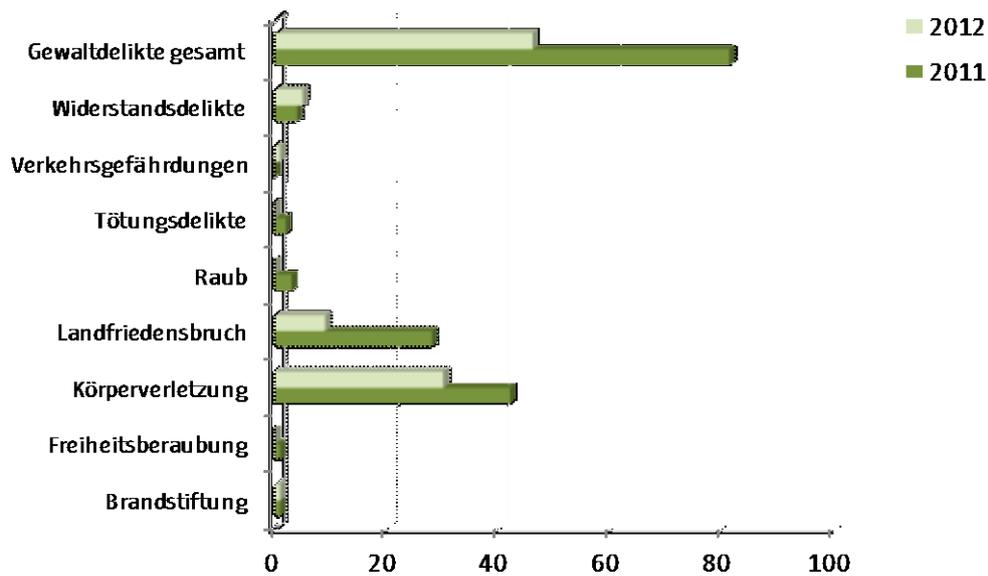
7.4.3 Betrachtung ausgewählter Themenfelder PM-Ausländerkriminalität

	2011	2012	Trend
PMAK	265	180	-32%
↳ Islam./Fundamentalismus	22	41	86%
↳ Krisenherde/Bürgerkriege	24	24	0%
↳ PKK/Kurdenproblematik	126	31	-75%
↳ Gewaltdelikte	81	46	-43%
↳ Islam./Fundamentalismus	4	5	25%
↳ Krisenherde/Bürgerkriege	6	9	50%
↳ PKK/Kurdenproblematik	46	2	-96%

Fallaufkommen in ausgewählten Themenfeldern und Unterthemen
PM-Ausländerkriminalität im direkten Jahresvergleich

7.4.4 Fallaufkommen PM-Ausländerkriminalität in den Deliktsbereichen der Gewaltdelikte

	2011	2012
Brandstiftung	1	1
Freiheitsberaubung	1	0
Körperverletzung	42	30
Landfriedensbruch	28	9
Raub	3	0
Tötungsdelikte	2	0
Verkehrsgefährdungen	0	1
Widerstandsdelikte	4	5
Gewaltdelikte gesamt	81	46



Fallaufkommen PMAK in den Deliktsbereichen der Gewaltdeliktalität im direkten Jahresvergleich

7.4.5 Betrachtung des Fallaufkommens PM-Ausländerkriminalität in den Bezirken

	PMAK		☞ Gewaltdelikte	
	2011	2012	2011	2012
Charlottenburg-Wilmersdorf	16	8	2	1
Friedrichshain-Kreuzberg	72	31	21	9
Lichtenberg	6	2	3	0
Marzahn-Hellersdorf	0	2	0	0
Mitte	106	58	42	18
Neukölln	18	21	6	10
Pankow	4	3	1	0
Reinickendorf	2	8	0	0
Spandau	4	3	1	1
Steglitz-Zehlendorf	17	8	2	3
Tempelhof-Schöneberg	20	33	3	4
Treptow-Köpenick	0	3	0	0
Berlin gesamt	265	180	81	46

Fallaufkommen PMAK in den Bezirken im direkten Jahresvergleich

7.4.6 Tatverdächtige der PM-Ausländerkriminalität

	2011	2012
PMAK	212	174
☞ männlich	194	157
☞ weiblich	18	17
☞ Gewaltdelikte	79	71
☞ männlich	77	67
☞ weiblich	2	4

Anzahl der Tatverdächtigen PM-Ausländerkriminalität im direkten Jahresvergleich

7.4.7 Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PM-Ausländerkriminalität

	PMAK		↪ Gewaltdelikte	
	2011	2012	2011	2012
Einzel Täter	107	75	25	18
2 Täter	8	5	3	2
3 - 5 Täter	7	7	5	3
6 - 10 Täter	3	2	0	0
über 10 Täter	9	6	7	5
unbekannt	0	1	0	0
Anzahl geklärt	134	96	40	28

Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PM-Ausländerkriminalität bezogen auf die Anzahl der aufgeklärten Fälle

7.4.8 Opfer von Gewaltdelikten PM-Ausländerkriminalität

	2011	2012
männlich	35	24
weiblich	5	0
unbekannt	1	0
Gesamt	41	24

Opfer von Gewaltdelikten der PM-Ausländerkriminalität nach Geschlecht im direkten Jahresvergleich

7.5 Fallzahlen Sonstige/Nicht zuzuordnen

7.5.1 Entwicklung der Fallzahlen

	2008	2009	2010	2011	2012
PMK Sonstige	156	221	185	318	165
↳ geklärt	56	62	66	93	59
Aufklärungsquote	36%	28%	36%	29%	36%
↳ Gewaltdelikte	21	35	47	45	29
↳ geklärt	9	12	16	13	14
Aufklärungsquote	43%	34%	34%	29%	48%
ST ohne PM*	286	183	198	195	220
↳ geklärt	220	158	169	168	202
Aufklärungsquote	77%	86%	85%	86%	92%
Bereich Sonstige/Nicht zuzuordnen					
Gesamt	442	404	383	513	385
↳ geklärt	276	220	235	261	261
Aufklärungsquote	62%	54%	61%	51%	68%

Fallaufkommen Sonstige/Nicht zuzuordnen im Fünfjahresvergleich

* Staatsschutzkriminalität ohne explizite politische Motivation

7.5.2 Fallaufkommen PMK im Unterthema „sexuelle Orientierung“

Die meisten Fälle im Unterthema „sexuelle Orientierung“ (im Berichtsjahr 73 %) werden dem Bereich „Sonstige/Nicht zuzuordnen“ zugerechnet und deshalb im vorliegenden Bericht in diesem Komplex aufgeführt. Um das Fallaufkommen vollständig darzustellen, werden jedoch die Fallzahlen aller Phänomenbereiche einbezogen. Es handelt sich bei den nachfolgend aufgeführten Fallzahlen somit um eine phänomenbereichsübergreifende Darstellung.

Gesamtfallaufkommen im Unterthema „sexuelle Orientierung“

	2008	2009	2010	2011	2012
PMK	66	97	111	95	90
↳ geklärt	27	41	45	36	36
Aufklärungsquote	41%	42%	41%	38%	40%
↳ Gewaltdelikte	26	39	47	34	33
↳ geklärt	10	15	15	9	12
Aufklärungsquote	38%	38%	32%	26%	36%

Fallaufkommen PMK "sexuelle Orientierung" im Fünfjahresvergleich

Fallaufkommen in den Bezirken im Unterthema „sexuelle Orientierung“

	PMK		↪ Gewaltdelikte	
	2011	2012	2011	2012
Charlottenburg-Wilmersdorf	7	5	3	2
Friedrichshain-Kreuzberg	27	15	13	9
Lichtenberg	1	3	0	1
Marzahn-Hellersdorf	4	0	0	0
Mitte	23	32	9	11
Neukölln	3	3	1	2
Pankow	6	4	2	1
Reinickendorf	1	1	1	0
Spandau	0	3	0	1
Steglitz-Zehlendorf	1	2	1	0
Tempelhof-Schöneberg	19	20	4	6
Treptow-Köpenick	3	2	0	0
Berlin gesamt	95	90	34	33

Fallzahlen "sexuelle Orientierung" in den Bezirken im direkten Jahresvergleich

Tatverdächtige zum Fallaufkommen im Unterthema „sexuelle Orientierung“

	2011	2012
PMK	43	42
↪ männlich	38	39
↪ weiblich	5	3
↪ Gewaltdelikte	10	14
↪ männlich	10	14
↪ weiblich	0	0

Tatverdächtige zum Fallaufkommen im Unterthema
„sexuelle Orientierung“ nach Geschlecht im direkten
Jahresvergleich

Opfer von Gewaltdelikten im Unterthema „sexuelle Orientierung“

	2011	2012
männlich	30	38
weiblich	10	5
Gesamt	40	43

Opfer von Gewaltdelikten im Unterthema "sexuelle Orientierung" nach Geschlecht im direkten Jahresvergleich